



MIT UNS UND MIT EUCH *FÜR EIN GUTES LEBEN IN KÖLN*

KOMMUNALWAHLPROGRAMM

2020 – 2025



KOELNSPD.DE

LIEBE KÖLNERIN, LIEBER KÖLNER!

Wir haben viel Arbeit in unser Programm gesteckt. Denn Köln ist eine tolle Stadt. Unser Herz schlägt für Köln. Ein Köln, in dem alle über bezahlbaren Wohnraum verfügen. Ein Köln, in dem alle Anerkennung, Wertschätzung und Respekt erfahren. Ein Köln, das Armut, Ausgrenzung und Benachteiligung überwindet. Ein Köln, das sozial gerecht und nachhaltig gestaltet wird.

Das ist unsere Vision als Sozialdemokrat*innen.

Wir sind eine Partei und wir ergreifen Partei: Für alle, die eine soziale Stadt brauchen, und für alle, die sich für eine bessere Welt und ein schöneres Veedel einsetzen. Aber auch entschieden gegen alle, die mit rechter Hetze das politische Klima in unserer Stadt vergiften wollen.

Es gibt viel zu tun – und wir haben viel vor. Wir wollen, dass die Menschen in Köln all das vorfinden, was sie für ein gutes Leben brauchen: bezahlbare Wohnungen, gute Arbeit, ein verlässliches Bus- und Bahnnetz, sichere Radwege und Straßen, eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung, außerdem kostenfreie und ausreichend Bildungs- und Betreuungsangebote. Wir wollen Kultur und Karneval, Industrie und Büdchen. Wir wollen ein gutes Köln für alle und ein Köln, das für alle gut ist.

Ein gutes Köln braucht lebenswerte Veedel. Arbeiten und Wohnen, gute Verkehrsanbindungen, Kunst und Kultur, Grün und soziale Einrichtungen gehören hierhin. Dabei muss uns jedes Veedel gleich viel wert sein, damit alle profitieren können. Ein Veedel muss gut erreichbar sein und Angebote für alle Generationen machen. Dazu gehört, dass die Dinge für den täglichen Bedarf leicht verfügbar sind. Ob ein Veedel lebenswert ist darf nicht von dem Geldbeutel der Menschen abhängen. Wir brauchen lebenswerte Veedel überall!

Veedel zeichnen sich durch schöne und belebte Plätze aus. Auch dank des Einsatzes von Sozialdemokrat*innen geht es an einigen Stellen schon voran: Der Pariser Platz in Chorweiler ist ein gutes Beispiel. Für uns gilt dabei: sowohl der Ebertplatz als auch der Wiener Platz brauchen unsere Aufmerksamkeit.

Aber gute Konzepte und Kultur allein können die Probleme unserer Stadt nicht lösen. Für ein vielfältiges und friedliches Leben brauchen wir eine gute Sozialpolitik, damit sich alle auf unseren Plätzen wohlfühlen und eine Perspektive haben. Auch darf die Entwicklung eines Kindes nicht von seiner Herkunft, seinem Wohnort oder dem Elternhaus abhängen. Gesamtschulen sind für uns der Schlüssel dazu. Auch im späteren Leben drohen durch Erwerbslosigkeit, Wohnungslosigkeit oder andere Schicksalsschläge der soziale Abstieg. Wir lassen dabei niemanden zurück!

Wohnen, Ausgehen, Familie, alles ist nur möglich mit einem gut bezahlten Arbeitsplatz. Köln bietet gute Arbeit mit guten Arbeitsbedingungen und das soll auch so bleiben. Wir wollen die guten Arbeitsplätze in unserer Stadt erhalten und ausbauen. Die Digitalisierung ist für uns dabei eine Chance, die wir nutzen wollen, um Köln in allen Gebieten voranzubringen und zukunftsgerecht zu gestalten.

Für uns ist aktiver Klima- und Umweltschutz eine wesentliche Querschnittsaufgabe der Kommunalpolitik, der auch die Lebensgrundlage unserer Kinder und Enkelkinder im Auge hat. Wir denken Nachhaltigkeit in allen Bereichen mit. Sie darf dabei nicht zu einem Projekt für Gutverdienende werden, sondern muss alle Menschen in Köln mitnehmen. Wir lösen die ökologische Frage sozial gerecht und gemeinsam.

Um all das bezahlen zu können, müssen Land und Bund dabei helfen, die Kommunen zu entlasten und entschulden. Dazu braucht es eine Umverteilung „von oben nach unten“ und „von oben in die Mitte“. Privater Reichtum und öffentliche Armut – das ist ein Widerspruch. Vermögende und Unternehmen profitieren von einer guten Infrastruktur und müssen dementsprechend ihren Beitrag leisten. Jetzt ist es Zeit für einen fairen Ausgleich.

Klar ist für uns: Köln steht nicht zum Verkauf! Um Demokratie und Gestaltungsmacht zu behalten, muss städtisches Eigentum in städtischer Hand bleiben. Die städtischen Tochterunternehmen leisten ihren Beitrag zum kommunalen Haushalt – und müssen mit dafür sorgen, dass Kölns Infrastruktur wieder auf Vordermann gebracht wird. Wer nicht in die Zukunft investiert, zahlt später drauf.

Alles in allem haben wir eine sehr genaue Vorstellung davon, wie ein sozial gerechtes und lebenswertes Köln aussehen soll. Wir sind überzeugt, dass Köln dadurch lebenswerter wird! Auf beiden Rheinseiten, in allen neun Stadtbezirken und in allen 86 Veedeln.

Köln wird nicht allein aus dem Rathaus gestaltet. Wir brauchen einen sachkundigen und fachkompetenten Rat und eine kluge Verwaltung. Wir brauchen aber auch all die Engagierten in der Stadtgesellschaft. Ihre vielfältigen Meinungen und Ideen müssen debattiert werden. Wir setzen uns für den Austausch mit den Gewerkschaften und den Selbstorganisationen der Wirtschaft ein. Wohlfahrts-, Sozial- und Jugendverbände, Migrant*innenorganisationen und vielfältige Vereine und Initiativen sind wichtig für eine sozial gerechte, demokratische und nachhaltige Stadt.

Wir, die KölnSPD, vertreten die Menschen in Kölner in allen Veedeln mit mehr als 5.600 Genoss*innen in 43 SPD-Ortsvereinen. Wir setzen uns dafür ein, unsere Veedel besser zu machen – mit viel Herzblut und fast immer ehrenamtlich. Damit es sauber ist, damit Straßenlaternen funktionieren, damit Busse und Bahnen fahren oder Müll entfernt wird. Viele kleine Dinge, die einfach passieren, ohne dass in der Zeitung oder auf Facebook darüber berichtet wird.

Im Stadtrat arbeiten unsere Ratsmitglieder – ebenfalls ehrenamtlich – dafür, dass Köln wieder eine sozial gerechte Stadt wird, in der Wohnen bezahlbar ist und Bildung kostenfrei. Wir setzen uns dafür ein, dass die KVB mehr Menschen besser bewegt und dass jeder und jede seinen oder ihren Platz in Köln findet. Das und vieles mehr – denn alle haben ein Recht darauf, sicher und glücklich ein Teil der kölschen Gemeinschaft zu sein. Wir wollen, dass alle zufrieden und möglichst sorgenfrei in ihren Veedel leben können.

Am 13. September 2020 wird über diese unsere Version einer Zukunft für Köln abgestimmt.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen unseres Programms!

FÜR EIN GUTES LEBEN IN KÖLN

INHALTSVERZEICHNIS

Wohnen.....	6
Verkehr.....	13
Bildung.....	21
Digitalisierung und Energiewende.....	31
Zusammenleben.....	34
Arbeit und Wirtschaft.....	42
Kultur.....	50

WOHNEN

DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT

In Köln zu wohnen, das sollten sich alle Menschen leisten können. Egal ob Friseur oder Lehrerin, Studentin oder Rentner, Single oder mit Familie. Wenn sich die Lebensumstände verändern und ein Umzug ansteht, sollte man auch wieder eine Wohnung finden können, die bezahlbar ist.

Bezahlbares Wohnen ist deshalb eines unserer wichtigsten Anliegen, denn Wohnen ist Menschenrecht. Dazu müssen bereits bestehende Wohnungen bezahlbar bleiben. Es müssen aber auch viel mehr neue, bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Dafür zu sorgen ist Kernaufgabe der Stadt und des Staates.

Dazu gehört für uns der soziale Wohnungsbau. Fast die Hälfte aller Menschen in Köln haben Anspruch auf eine solche Wohnung – viel mehr, als man oft denkt. Aber nur sieben Prozent unserer Wohnungen sind Sozialwohnungen. Wir brauchen also dringend mehr davon.

Die Stadt selbst kann einiges tun, damit Wohnen bezahlbar bleibt. Sie muss Wohnungen im Eigenbesitz behalten – und ihre Grundstücke nicht zum Höchstpreis verkaufen, sondern verpachten. Klare Sache: Auf teuren Grundstücken können keine günstigen Wohnungen entstehen. Die Stadt Köln muss aber auch die Vermieter*innen bezahlbarer Wohnungen stärken: Zum Beispiel Genossenschaften, die oft weniger Miete als andere Eigentümer*innen nehmen. Oder die Gesellschaften im Besitz der Stadt, also die GAG und die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK). Wir wollen für Menschen, die beispielsweise für die Feuerwehr, Rettungsdienste, in der Pflege oder Erziehung, bezahlbare Wohnungen schaffen. Auch große Firmen und Unternehmen sollen ihren Beitrag leisten und für ihre Angestellten Werkwohnungen bauen.

In einer lebenswerten Stadt leben Alt und Jung, Arm und Reich und verschiedene Kulturen Tür an Tür. Wir wollen eine integrierte und gemischte Stadtentwicklung, jenseits von Villenvierteln und sozialen Brennpunkten. In sozial benachteiligten Stadtteilen wollen wir verstärkt die Wohnungsaufsicht nutzen, um skrupellose Investoren zur Einhaltung der Gesetze zu zwingen. Ordnungspartnerschaften kombiniert mit Sozialraumkoordination und Gemeinwesenarbeit stärken die Lebenswürdigkeit unserer Veedel. Dazu gehört auch, dass Gentrifizierung gestoppt wird. Erhaltungssatzungen und Wohnraumschutz leisten dazu ebenso einen Beitrag wie erschwinglicher Wohnraum, gerade in hochpreisigen Stadtteilen.

Weil Grundstücke knapp sind, werden dabei mehrgeschossige Häuser oder auch einzelne Hochhäuser künftig eine größere Rolle spielen. Dazu brauchen wir ein ökologisch und sozial ausgewogenes Hochhauskonzept. Zwar eignet sich dafür nicht jeder beliebige Standort, aber das Bemühen darum muss verstärkt werden – vorausgesetzt, neue Bauvorhaben werden nicht isoliert geplant, sondern von Anfang mit Blick auf eine lebenswerte und menschenfreundliche Umgebung. Schulen, Kitas, ÖPNV-Anschluss, gute Rad- und Fußgängerwege, Begegnungsstätten, Kulturräume und schnelle Internetleitungen – das alles muss Hand in Hand entstehen, damit die Menschen bereits ab Einzug von einer guten, urbanen Lebensqualität profitieren.

Wohnen ist ein Grundrecht und eine sichere, intakte Wohnung ist Teil der Menschenwürde. Das gilt ganz besonders für die Schwächeren in der Gesellschaft. Doch gerade für sie – für Studierende, für Auszubildende, Familien, Menschen mit Behinderung oder von Obdachlosigkeit bedrohte Bürger*innen – gibt es derzeit zu wenig Wohnraum in Köln. Innovative Ideen wie gemeinsame Wohnflächenkonzepte für Studierende und Azubis, kooperative und inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenhäuser, Senior*innenwohnen, Demenzkrankenwohngruppen, Co- und Micro-Housing müssen häufiger eine Chance bekommen.

Für uns hat bei Bauprojekten die Lebensqualität der späteren Bewohner*innen den höchsten Stellenwert. Nur wenn ausreichend Grünflächen und öffentliche Plätze, Treffpunkte für gute Nachbarschaft, Spiel- und Bewegungsflächen für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen, wird ein gutes Leben für alle Kölnerinnen und Kölner möglich.

Damit mehr Wohnungen entstehen können, muss die Stadtverwaltung effizienter arbeiten. Baugenehmigungen dürfen nicht ein Jahr und länger dauern. Wichtig ist uns aber auch, dass die neuen Wohnungen von Anfang an richtig gebaut werden: Mit einer guten Verkehrsanbindung, mit Kitas, Schulen und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe. Außerdem müssen wir an die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen denken. Dazu kommt die Zukunftsaufgabe Klimaschutz: Neue Häuser müssen klimaschonend gebaut werden. Wir setzen deshalb auf die Nutzung von Solarenergie, auf das Bepflanzen von Dächern und Fassaden oder auf das Anlegen von neuen Parks und Grünanlagen.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

WO1: WIR BAUEN MEHR GEFÖRDERTE WOHNUNGEN.

- Wo.1.1. Köln muss mehr öffentlich geförderte Wohnungen bauen. Ziel ist es, eine Quote von 50 % zu erreichen. Dafür wollen wir im städtischen Haushalt für die nächsten fünf Jahre 500 Millionen Euro ausgeben – und deutlich mehr Flächen für den Wohnungsbau bereitstellen. Im Ergebnis wollen wir, dass in Köln mindestens 2500 neue preiswerte Wohnungen pro Jahr entstehen.
- Wo.1.2. Wir werden sicherstellen, dass in allen neuen Wohngebieten geförderte, preisgedämpfte, freifinanzierte Wohnungen und auch Eigentum gemischt werden.
- Wo.1.3. Wir fordern, dass die Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke jedes Jahr 500 Wohnungen baut. Auch die GAG soll ihre Neubautätigkeit ausweiten und 1500 neue Wohnungen im Jahr bauen oder modernisieren. Gleichzeitig fördern wir die Neugründung von Genossenschaften sowie Mietshaussyndikaten und eine Wiederbelebung des Werkwohnungsbaus. Eine Privatisierung der städtischen GAG werden wir auch in Zukunft verhindern.
- Wo.1.4. Neben geförderten Wohnungen wollen wir gemeinwohlorientierte Vermieter*innen fördern – auf städtischen Grundstücken, die auf Erbpacht verbilligt vergeben werden und die im Gegenzug für 99 Jahre nur moderate Mietsteigerungen auslösen.
- Wo.1.5. Wir werden Genossenschaftsvorhaben und geförderten Wohnungsbau bevorzugen und uns dabei am „Münchener Modell“ orientieren: 30% der Vorhaben gehen dann an städtische Gesellschaften, 20% an Genossenschaften, 30% an den preisgedämpften Wohnungsbau mit langer Bindung. Nur 20% bleiben dem Markt zur freien Verfügung.
- Wo.1.6. Köln braucht ein sozial-ökologisches Hochhauskonzept, damit die Stadt an geeigneten Stellen in die Höhe wachsen kann, ohne die soziale Spaltung zu fördern. Auch in den Vororten wollen wir die bisher stark reduzierte Höhenentwicklung auf den Prüfstand stellen, um Zersiedlung zu begrenzen und Infrastruktur besser zu nutzen. Grundsätzlich werden wir den Geschloßwohnungsbau bevorzugen; damit werden Bauflächen am besten genutzt und die Durchmischung verschiedener sozialer Schichten erleichtert.

- Wo.1.7. Wir wollen neue Baugebiete mit urbaner Lebensqualität schaffen – auch in den Außengebieten. Bei der Planung von vorneherein mitgedacht wird die Infrastruktur: Schulen, Kitas, Anbindung an Bus und Bahn, der Rad- und Fußverkehr, Elektromobilität, die Nahversorgung, Sportplätze, Bewegungsparcours, Mobilitätshäuser, Räume für Kultur, Begegnungszentren, aber auch Fernwärme, das Glasfasernetz und weitere Smart-City-Konzepte. Durchdachte Bauprojekte werden für die Umsetzung priorisiert. Wo erforderlich, werden wir die Infrastruktur in den Stadtteilen weiterentwickeln, jedoch ohne den Dorfcharakter und die historischen Kerne der Stadtteile in Frage zu stellen.
- Wo.1.8. Wohnungsbau muss Chefsache sein. In der Verwaltung werden sich deshalb alle auf die besondere Unterstützung für diejenigen verpflichten, die bauen wollen. Bauanträge müssen innerhalb eines Monats genehmigt werden.

WO2: WIR STEHEN FÜR DAS SOZIALE VEEDERL

- Wo.2.1. Wir werden alle Optionen zur Verlängerung der Sozialbindung für geförderten Wohnungsbau nutzen. Belegrechtsverträge mit entsprechenden Anreizen sorgen außerdem dafür, dass private Vermieter*innen auch für soziale Wohnungsbelegung zur Verfügung stehen.
- Wo.2.2. Für bestehende Wohnungen wollen wir in einem neuen Kölner Wohnungsbündnis einen Mietendeckel für 5 Jahre in der Höhe der Inflation verabreden und uns im Land für eine gesetzliche Regelung einsetzen.
- Wo.2.3. Alle Angebote der Stadtwerke und der städtischen Töchter rund ums Wohnen wollen wir bündeln und den Kölner Mieter*innen im Sinne der Daseinsvorsorge ein attraktives Angebot machen.
- Wo.2.4. In Quartieren, in denen der Anteil an geförderten Wohnungen deutlich unter dem städtischen Durchschnitt liegt, wollen wir das Angebot an gefördertem Wohnraum erhöhen. Wir stärken die Wohnungsaufsicht, als Ansprechpartner für Betroffene und um die Instandhaltung von bestehendem Wohnraum zu gewährleisten. Zweckentfremdung von Wohnraum werden wir systematisch bekämpfen. Wir sind für gerechte Lizenzvergaben mit begrenzter Nutzung, verstärkte Kontrollen und Absprachen oder Vereinbarungen mit Portalen wie zum Beispiel AirBnB. Bei wiederholter Zweckentfremdung von Wohnraum muss auch ein Rückkauf von der Stadt oder eine Enteignung eine Option sein.
- Wo.2.5. Wir wollen die Durchmischung der Gesellschaftsschichten fördern. Durch städtischen Wohnungsbau und begleitende Maßnahmen wollen wir der sozialen Spaltung entgegenwirken. Dazu werden wir sogenannte Erhaltungssatzungen anwenden, zum Beispiel für Wohnraumschutz.

WO3: WIR STEuern DIE FLÄCHENNUTZUNG.

- Wo.3.1. Wir werden ein strategisches Flächenmanagement einführen. Hier gilt: Die Stadt darf ihren Grund und Boden nicht nach dem Höchstpreisgebot verkaufen. Das treibt erst die Grundstückspreise und dann die Mieten in die Höhe.
- Wo.3.2. Die Stadt muss eigene Grundstücke behalten. Auf diesen Grundstücken soll sie bezahlbaren Wohnraum schaffen, indem sie Flächen vergünstigt im Erbbaurecht vergibt. Die Stadt bleibt also Eigentümerin, aber Bauherren können die Entwicklung vorantreiben – langfristig abgesichert.
- Wo.3.3. Ihr Vorkaufsrecht sollte die Stadt häufiger nutzen als bisher, um weitere Grundstücke für bezahlbaren Wohnungsbau zu erwerben.
- Wo.3.4. Vorhandene Baulücken werden wir konsequent nutzen – vom überbauten Supermarktparkplatz bis hin zur Aufstockung bestehender Gebäude.
- Wo.3.5. Statt monotoner Gewerbegebiete werden wir Mischgebiete mit Wohnanteilen entwickeln. Vorhandene Mischgebiete werden wir schützen und die Abstandsflächen kritisch hinterfragen. Wohnen, Arbeiten, Erholung, Kultur, Bildung, Mobilität und Sport gehören in einem Veedel zusammen.

WO4: WIR BESCHLEUNIGEN DIE BAUVORHABEN.

- Wo4.1. Bevor alle anderen Maßnahmen greifen können, muss Köln die bürokratischen Weichen neu stellen. Dringend nötiger Wohnungsbau darf nicht an zu langsamen Genehmigungsverfahren scheitern. Damit künftig schneller gebaut werden kann, wollen wir Wohnungsbau als Chefsache im Rathaus durchsetzen.
- Wo4.2. Zusätzlich soll umgehend mehr Personal für die zuständigen Ämter eingestellt und Entscheidungsprozesse vereinfacht und beschleunigt werden.
- Wo4.3. Die Kompetenzen der Wohnungsbauleitstelle wollen wir über verschiedene Dezernate hinweg stärken.
- Wo4.4. Politik und Verwaltung müssen in Sachen Wohnungsbau enger zusammenarbeiten. Ein gesamtstädtischer Ausschuss Wohnungsbau sowie verbindliche Bezirkskonferenzen müssen alle wichtigen Bauvorhaben von Anfang bis Ende koordinieren. Sie sollen regelmäßig den Sachstand der einzelnen Projekte transparent und öffentlich begleiten.
- Wo4.5. Mögliche Nutzer*innen und Anwohner*innen sollen durch Beteiligungsmöglichkeiten frühzeitig online einbezogen werden.

WO5: WIR BRINGEN WOHNEN UND UMWELT ZUSAMMEN.

- Wo5.1. Wir nehmen die bereits jetzt spürbaren Folgen der Klimaerwärmung ernst und setzen uns in der Stadt für Umweltschutz und Maßnahmen gegen den Klimawandel ein. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete berücksichtigen wir Aspekte wie Kaltluftentstehungsgebiete und Frischluftschneisen. Das auf SPD-Initiative beschlossene Programm zur Dach- und Fassadenbegrünung wollen wir fortführen und ausbauen. Das einzigartige System der Kölner Grünanlagen wollen wir weiterentwickeln und besser vernetzen. Freiflächen sollen so sparsam wie möglich versiegelt werden.
- Wo5.2. Auch die einzelnen Bauvorhaben müssen ökologischer werden. Neubauten sollen mit Photovoltaik- oder Solarthermie-Anlagen ausgestattet werden; bei fehlender Eignung benötigen sie eine Dachbegrünung. Wir einigen uns auf wirtschaftlich vertretbarere Energieeffizienzstandards (KfW55) und nachhaltige Baumaterialien. Für die Nachrüstung von Bestandsbauten und die Entsiegelung von Flächen werden wir Förderprogramme ins Leben rufen.
- Wo5.3. Bei allen Bauvorhaben soll die Verwaltung den Bürger*innen eine verlässliche Partnerin sein. Wir werden deshalb bei der Stadtverwaltung eine One-Stop-Beratungsstelle einrichten, die umfassend zu allen Themen und Fördermöglichkeiten über energetische Sanierung, Photovoltaik- und Solarthermie, Wärmepumpen und den Anschluss an das Fernwärmenetz beraten.
- Wo5.4. Das mehrheitlich städtische Wohnungsunternehmen GAG hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Nachhaltigkeit im Wohnungsbau möglich ist. Von diesen erfolgreichen Konzepten sollten noch mehr Kölner*innen profitieren. Wir wollen ökologisches, soziales und wirtschaftlich sinnvolles Bauen und Bewirtschaften zum Standard für Köln machen – nicht am wirtschaftlichen Vorteil einzelner orientiert, sondern am Ziel eines guten Lebens für alle.

WO6: WIR FÖRDERN DAS GEMEINSCHAFTLICHE LEBEN.

- Wo6.1. Für uns hat die Lebensqualität bei Bauprojekten einen hohen Stellenwert. Deshalb achten wir besonders auf Grünflächen und öffentliche Plätze, auf digitale Vernetzung sowie das Zusammenleben in der Nachbarschaft und innerhalb des Veedels. Wir wollen aus diesem Grund in Wohnanlagen die Spiel- und Bewegungsflächen auch für die Allgemeinheit öffnen und die Umwandlung von Vorgärten in Schotterflächen oder Parkplätze konsequent unterbinden.

- Wo6.2. Es gibt in Köln zu wenige Wohnungen für Auszubildende, Studierende, Familien und mobilitätseingeschränkte Menschen. Beim Wohnungsbau wollen wir diese Gruppe deshalb besonders berücksichtigen.
- Wo6.3. Wir fördern Wohnraum für Studierende und Auszubildende. Als Universitätsstadt suchen jährlich tausende Erstsemester bezahlbaren Wohnraum in Köln. Dazu kommen mehrere tausend Auszubildende, die während ihrer Ausbildungszeit nur ein kleines Einkommen haben, wodurch es fast unmöglich ist, eine bezahlbare Bleibe in Köln zu finden. Wir setzen uns verstärkt dafür ein, dass vermehrt Wohnraum für junge Menschen entsteht, die in Köln ihre berufliche Ausbildung erhalten. Ähnlich wie beim Studierendendorf in Hürth-Efferen wollen wir in einem Kölner Stadtteil (beispielsweise Mülheim, Merheim oder Chorweiler) eine Unterkunft für Studierende und Auszubildende.
- Wo6.4. Wir unterstützen innovative Wohnformen und kooperative Wohnprojekte wie Mehrgenerationenwohnen, Co-Housing und flexible Wohnflächenkonzepte stärker nutzen. Dazu werden wir Beratungsstellen einrichten.
- Wo6.5. Obdachlosigkeit wollen wir verhindern: Durch entsprechende Wiedereingliederungsprojekte für Wohnungslose und Micro-Housing.
- Wo6.6. Beim Wechsel in eine kleinere Wohnung, wie es besonders im Alter häufig erwünscht ist, muss den Mieter*innen Unterstützung angeboten werden. Eine solche Unterstützung muss es auch für die Regelung von Untervermietungen geben. Wir wollen deshalb die Genossenschaften für die Einrichtung einer entsprechenden Stelle gewinnen und dieses Konzept bei Erfolg mit städtischen Mitteln ausweiten.
- Wo6.7. Wir werden Wohnungssuchenden durch den Aufbau einer entsprechenden Plattform eine Stimme geben und Möglichkeiten zur Vernetzung und Austausch schaffen.

VERKEHR

KÖLN GELINGT DIE WENDE

Köln wird weiterwachsen: Mehr Einwohner*innen und mehr Pendler*innen, das alles bei gleichbleibender Verkehrsfläche. Wir stellen uns der Aufgabe, die Nutzung des öffentlichen Verkehrsraums nach einer strikten Flächengerechtigkeit zu organisieren.

Unser Ziel ist es, eine kraftvolle Verkehrswende zu vollziehen. Wir wollen dafür massiv in Infrastruktur investieren – zugunsten des Umweltverbundes, bestehend aus Fußwegen, Fahrradwegen und dem öffentlichem Personen-Nahverkehr (ÖPNV). Der Anteil dieser drei Säulen soll mindestens 75% des Verkehrs in Köln ausmachen.

Unsere Stadt braucht dafür einen neuen und zeitgemäßen Gesamtverkehrsplan. Wir werden den in Köln entwickelten EU-Standard für nachhaltige urbane Mobilitätsplanung (SUMP: Sustainable Urban Mobility Plan) zügig etablieren, um die vorhandenen Einzelpläne und Ideen zu einem großen Ganzen zusammenzubinden. Die Entscheidung, welche Infrastrukturprojekte und welche Maßnahmen zu priorisieren sind, wollen wir nach ihrem Wirkungsgrad für das Gesamtgefüge treffen.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

...im Fußverkehr

IN1: WIR MACHEN FUSSGÄNGER*INNEN DEN WEG FREI – FÜR EIN SICHERES UND ANGENEHMES VORANKOMMEN IN DER STADT.

- In1.1. Köln braucht eine Fußgängerbeauftragte für die verbesserte Durchsetzung von Fußverkehr-Anliegen in allen Stadtbezirken.
- In1.2. Ausgehend von der Innenstadt werden kleinräumige Umgebungskarten aufgestellt, um Wege und Entfernungen aufzuzeigen.
- In1.3. Fußwege müssen freigehalten und Gehwegparken konsequent sanktioniert werden. Wir gestalten Stadtteilzentren so um, dass sie für Fußgänger*innen attraktiv sind.
- In1.4. Dort wo Platz ist, werden kölnweit Bänke aufgestellt, um mehr Erholungsmöglichkeiten zu bieten.
- In1.5. Alle Kölner Schulen erhalten einen unter Beteiligung von Schüler*innen erarbeiteten Schulwegplan, mit dem das sichere Erreichen der Schulen möglich ist. Wir unterstützen dabei ausdrücklich das Instrument der Schulstraßen zur zeitweisen Sperrung für den Autoverkehr.
- In1.6. Leihfahrzeugen jeder Art sollen verbindliche Flächen zugeordnet werden, damit sie nicht den sicheren Fußweg versperren.

...im Fahrradverkehr

IN2: WIR STÄRKEN DAS FAHRRADFAHREN.

- In2.1. Köln braucht dringend eine sichere Infrastruktur für den Radverkehr. Dafür wollen jährlich 20 € pro Einwohner*in ausgeben.
- In2.2. Stadtweit braucht es ein zuverlässiges Hauptwegenetz für den Radverkehr, das die Funktion von innerstädtischen Radschnellwegen leistet. Dieses wollen wir priorisiert und durchgehend ausbauen, um bequeme Verbindungen zwischen den Stadtteilen herzustellen. Dazu werden auch öffentliche Wartungs- und Reparaturstationen aufgebaut.

- In2.3. Wir brauchen gute Querungsmöglichkeiten über den Rhein. An den bestehenden Brücken müssen einfacher zu passierende Rampen und breitere Radwege angelegt werden. Zusätzlich wollen wir neue Rad- und Fußwegbrücken zwischen Bastei und Rheinpark sowie Ubiering und Deutzer Hafen errichten lassen.
- In2.4. Auf vielen Straßen Kölns ist eine Stärkung des Radverkehrs durch eine Neuverteilung der Flächen mit einer fairen Markierung möglich. Wir wollen dazu in verkehrsarmen Zeiten regelmäßige Aktionswochen für neue Straßenmarkierungen anstoßen. Analog zu "RingFrei" wollen wir bei mehr Straßen auch Spuren für den Radverkehr nutzen.
- In2.5. In allen Wohngebieten, wo es die Straßenbreite erlaubt, soll eine gegenläufige Öffnung für den Radverkehr vollzogen werden.
- In2.6. Die Stadtteilzentren dienen der örtlichen Versorgung und werden weitgehend von Radpendler*innen befreit. Gleichzeitig werden – wo möglich – Autoparkplätze zu Radparkplätzen umgewidmet.
- In2.7. Wir beschleunigen den Umbau von gefährlichen Kreuzungen. Dabei werden die sogenannten "freilaufenden Rechtsabbieger" reduziert.
- In2.8. An allen Hauptverkehrsstraßen wollen wir vor den Ampeln Aufstellflächen für den Radverkehr schaffen.
- In2.9. Was in Köln bereits in Angriff genommen ist, soll transparent werden: alle geplanten Maßnahmen werden digital zugänglich gemacht. Zu jeder Maßnahme werden Planungsstand, Ansprechpartner*innen, Kosten und Zeitplan hinterlegt.
- In2.10. Wir streben eine Kooperation der Leihradangebote von KVB bzw. Nextbike und DB/Ford an.

...im ÖPNV

IN3. WIR VERSCHAFFEN ALLEN KÖLNER*INNEN EIN JAHRESTICKET.

- In3.1. Unsere Vision ist ein solidarischer, von allen Kölner*innen finanzierter ÖPNV nach Vorbild des Studierendentickets. Dieser ist preiswert, setzt Anreize für einen Wechsel des Verkehrsmittels und entlastet die Straßen.

- In3.2. Wir unterstützen die Anstrengungen der SPD-Bundestagsfraktion, den Kommunen die Einführung eines 365-Euro-Ticket zu ermöglichen. Ein solches Ticket wollen wir für Köln schnellstmöglich umsetzen. Wir unterstützen die Landtagsfraktion darin, die kostenfreie Schüler*innentickets auch in Köln einzuführen.
- In3.3. In einem ersten Schritt führen wir kurzfristig ein Mieter*innen-Ticket für alle Mieter*innen der GAG ein.
- In3.4. Bis zur Umstellung frieren wir die Preise im VRS ein und erhöhen den kommunalen Anteil der Finanzierung. Dafür fließen alle Einnahmen von Parktickets zusätzlich in den Betrieb des ÖPNV.
- In3.5. Wenn wieder Platz in den Bussen und Bahnen ist, wollen wir eine kostenlose Fahrradmitnahme in der KVB ermöglichen.
- In3.6. Neue Wohngebiete sollen schnell angebunden werden. Dabei hat die Schiene Vorrang gegenüber der Straße.

IN4: WIR FÖRDERN DEN AUSBAU DER ÖPNV-INFRASTRUKTUR.

- In4.1. Wir wollen die Ost-West-Achse als Metro-Linie von Deutz bis zum Aacher Weiher ausbauen. Parallel soll die oberirdische Führung beibehalten werden, damit Potential für zusätzliche Ausbauten entsteht.
- In4.2. Kurzfristig wollen wir eine Verbesserung der bisherigen oberirdischen Verkehrsführung. Zum Beispiel durch einen Ausbau der Haltestelle Neumarkt, oder die weitgehende Kreuzungsfreiheit von Straße und Bahntrasse durch ein neues Leitsystem für den Autoverkehr zwischen Heumarkt und Rudolfplatz.
- In4.3. Im linksrheinischen Köln werden wir dazu vor allem folgende Projekte und Planungen vorantreiben: Verlängerung der Nord-Süd-Stadtbahn bis nach Meschenich-Süd; Verlängerung der Gürtelstrecke von Klettenberg bis zum Rhein; Bau einer der neuen Linie 17 inklusive der Unterstützung zum Bau einer neuen Rheinbrücke zur Anbindung des Rhein-Sieg-Kreises an die die linksrheinische Nord-Süd-Trasse; Planung eines U-Bahnhofs Barbarossaplatz mit zweitem Verbindungsgleis zur Severinsbrücke; Anbindung von Widdersdorf über die Linie 4 inklusive Haltepunkt am künftigen S-Bahnhof Bocklemünd.
- In4.4. Im rechtsrheinischen Köln verfolgen wir mit Nachdruck folgende Projekte: Anbindung von Stammheim und Flittard samt Option einer Verlängerung nach Leverkusen mit einer flankierenden Linie über Mülheim-Süd; Anbindung von Neubrück; Bau einer rechtsrheinischen Gürtelstrecke; Verlängerung der Linie 7 bis Langel inklusive Verknüpfung mit einer neuen Linie 17; Bau einer rechtsrheinischen Nord-Süd-Linie durch ein Verbindungsgleis zwischen Bahnhof Deutz und Deutzer Freiheit.

- In4.5. Wir wollen eine zusätzliche Gürtelbahn der KVB über die HGK-Stadtwaldbahn prüfen und zügig umsetzen.

IN5: WIR GESTALTEN DEN PERSONENNAHVERKEHR AUF DER SCHIENE FÜR PENDLER*INNEN ATTRAKTIVER – DURCH DAS BUNDESPROJEKT “BAHNKNOTEN KÖLN”, IN DEM BIS 2030 RUND 3,7 MRD. EURO IN DIE INFRASTRUKTUR DER BAHN INVESTIERT WERDEN.

- In5.1. Die S-Bahn-Stammstrecke zwischen Köln Messe/Deutz und Köln Hansaring für eine 2,5 Minuten-Zugfolge wollen wir ausbauen.
- In5.2. Wir werden einen S-Bahnringes bauen, mit neuen Stationen an der Moltkestraße, am Bonner Wall, den Poller Wiesen und der TH in Deutz.
- In5.3. Zur Beschleunigung des Bahnverkehrs sollen die Strecken in die Eifel, ins Oberbergische und die Erftbahn elektrifiziert werden. Anschließend werden sie ins S-Bahn-Netz integriert.
- In5.4. Wir bauen eine neue S-Bahn nach Mönchengladbach und eine S-Bahnstation in Köln-Bocklemünd.
- In5.5. Durch einen Ausbau der rechtsrheinischen Strecke nach Bonn zur S-Bahnlinie 13 wollen wir einen leistungsfähigen ÖPNV zwischen Bonn und Düsseldorf.
- In5.6. Wir wollen den Bahnhof Köln Messe/Deutz zu einem zweiten Terminal für den Fernverkehr ausbauen, damit mehr Regionalzüge den Hauptbahnhof passieren können.
- In5.7. Um den Regionalverkehr zu beschleunigen wollen wir eine Schnellfahrstrecke zwischen Köln und dem Rhein/Main-Gebiet.
- In5.8. Wir sorgen dafür, dass die Stadt Köln die benötigten Planungsbeschlüsse zügig vorbereitet und umsetzt.

IN6: WIR WOLLEN, DASS WIRKLICH ALLE MENSCHEN DEN ÖPNV NUTZEN KÖNNEN.

- In6.1. Wir sorgen dafür, dass alle Haltestellen schnellstmöglich barrierefrei zu erreichen sind.
- In6.2. Die barrierefreie Nutzung der bestehenden Anlagen wird durch eine bessere logistische und personelle Ausstattung bei der KVB umgesetzt. Störungen bei Aufzügen und Rolltreppen müssen schneller behoben werden.

IN7: WIR ERWEITERN DAS ANGEBOT DES ÖPNV.

- In7.1. Wir werden für eine verlässliche Betriebsqualität durch Investitionen in Wartung und Personal sorgen.
- In7.2. Durch neue Straßenbahnen und Busse wollen wir die Taktfrequenzen erhöhen.
- In7.3. Wir werden an Samstagen einen 10-Minuten-Grundtakt einführen, analog zum derzeitigen Montag bis Freitag-Takt. Den jetzigen Sonntags-Fahrplan ersetzen wir durch die aktuelle Samstags-Taktung.
- In7.4. In den Abendstunden sollen alle Linien bis zu den Endhaltestellen durchfahren – bis zum Betriebsschluss.
- In7.5. Wir wollen den Nachtverkehr unter der Woche verlängern und den nächtlichen Wochenendtakt verdichten.
- In7.6. Um das Pendeln in die Stadt mit dem ÖPNV attraktiver zu machen, wollen wir ein regionales Schnellbussystem.
- In7.7. Wir werden den Rhein für den Nahverkehr nutzbar machen und durch Wasserbusse die Veedel am Rhein miteinander verbinden.
- In7.8. Wir wollen neue Buslinien mit besseren Querverbindungen zwischen den Stadtteilen einrichten. So wird das Zentrum entlastet und der ÖPNV schneller.
- In7.9. Wir werden sicherstellen, dass die Kölner Busse bis spätestens 2030 klimaschonend sind: Umgerüstet auf Elektrobetrieb, aber auch auf den Betrieb mit Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie. Dafür werden wir in die entsprechende Infrastruktur investieren. Der Stadtbahnbetrieb soll dann zu 100 Prozent über Ökostrom laufen.

IN8: WIR WERDEN DEN NAHVERKEHR DIGITALISIEREN.

- In8.1. Die KVB soll alle städtischen Mobilitätsangebote bündeln; der Fahrausweis wird zum Mobilitätsschlüssel. Ob einzuführende „On Demand“-Verkehre, Mobilitätshäuser oder digitale Kompetenzen: Die KVB stärkt ihre Innovationskraft durch Investitionen und Verantwortungsübernahme im Stadtwerke-Konzern. Die Quartiere der GAG werden dementsprechend gemeinsam mit der KVB modellhaft weiterentwickelt.
- In8.2. Köln braucht eine Mobilitäts-App, die alle Mobilitätsangebote zusammenführt und für Nutzer*innen leicht nutzbar und abrufbar macht. Dazu werden wir die bestehende KVB-App weiterentwickeln lassen.
- In8.3. Wir wollen mehr digitale Zugsicherung einführen, für mehr Kapazitäten und bessere Kund*inneninformationen.

...im Motorisierten Individualverkehr

IN9: WIR REDUZIEREN DEN MOTORISIERTEN INDIVIDUALVERKEHR IN DER STADT.

- In9.1. Verkehr aus dem Kölner Umland wollen wir durch großzügige Park & Ride-Stationen an den zentralen Ausfallstraßen reduzieren. Durch attraktive Angebote wird dort der Umstieg auf andere Mobilitätsformen intensiviert.
- In9.2. Wir befürworten den Neubau der Rheinspange-Autobahnbrücke zur Verbindung von A555 und A59 im Kölner Süden.
- In9.3. Beim Neubau von Wohnungen und Büros sollen alternative Mobilitätskonzepte verpflichtend werden, die die Autonutzung auf ein Mindestmaß reduzieren. Im Gegenzug ermöglichen wir einen weitgehenden Verzicht auf den Bau von Auto-Stellplätzen. Die dadurch eingesparten Kosten zahlen Investoren anteilig in einen Mobilitätsfonds ein. Mit dem starken Mobilitätsfond sollen alternative Mobilitätsformen umgesetzt werden.
- In9.4. Wir wollen Parksuchverkehr in den Veedeln und das Zuparken von Gehwegen verringern, indem Kund*innenparkplätze nachts für Nachbarschaften geöffnet werden. Die Stadt soll dabei motivierend und koordinierend tätig sein.
- In9.5. Als Höchstgeschwindigkeit auf den Hauptverkehrsstraßen soll maximal Tempo 50 festgelegt werden, Tempo 30-Zonen wollen wir sukzessive ausweiten.
- In9.6. Wir wollen den Verkehrsfluss stadtweit für alle Verkehrsteilnehmer*innen verbessern. Mittel dazu ist der massive Abbau von Ampeln. Diese werden durch Kreisverkehre, Zebrastreifen und Querungshilfen ersetzt, sodass insgesamt das Vorankommen für alle Verkehrsteilnehmer*innen sicherer und bequemer wird.
- In9.7. Wir bringen stationsbasiertes Carsharing durch die Bereitstellung geeigneter Flächen kurzfristig in jeden Stadtteil Kölns.
- In9.8. Durch einen attraktiven Nahverkehr und neue Mobilitätsformen wird die autofreie Innenstadt ermöglicht. Dafür müssen wir auch die Schließung und Nachnutzung von Innenstadt-Parkhäusern in die Wege leiten. Zum Ausgleich soll das Parkangebot für Anlieger im Bereich der Altstadt attraktiver gestaltet werden. Wir wollen sogenannte „Mobilitätshäuser“ einrichten, mit Parkraum für Privatfahrzeuge, einer Ladeinfrastruktur für Elektromobilität, ausreichenden Carsharing-Angeboten und einer sicheren Unterbringung für Fahrräder sowie Raum für Leihräder.
- In9.9. Ladezonen wollen wir durch flächige Markierung am Boden für Lieferverkehr von unberechtigtem Parken freihalten.

- In9.10. Auch bei einem sinkenden Anteil am Verkehr, bleibt das Auto auf absehbare Zeit ein wichtiger Verkehrsträger. Deshalb werden wir die E-Mobilität weiter vorantreiben und ausbauen. Unser Ziel bis 2025: Die Einrichtung von 3.000 Ladepunkten auf Kölner Gebiet. Dazu kommen 400 öffentlich zugängliche Ladepunkte mit der RheinEnergie als Partner.

...im Wirtschaftsverkehr

IN10: WIR UNTERSTÜTZEN KÖLNS WIRTSCHAFTLICHE STÄRKE DURCH KLUGE MOBILITÄT. DEM WACHSENDEn GÜTERAUFKOMMEN BEGEGNEN WIR MIT GUTER UND VERNETZTER INFRASTRUKTUR ZU WASSER, AUF DER SCHIENE, AUF DER STRASSE UND IN DER LUFT.

- In10.1. Für den Umschlag von Containern benötigt Köln Terminal-Anlagen in der Nähe der Aufkommensquellen. Wir setzen uns dafür ein, das Hafen-Terminalkonzept voran zu bringen und besser mit dem Schienengüterverkehr zu verzahnen. Deshalb sprechen wir uns für eine fortgesetzte Modernisierung des Niehler Hafens aus, außerdem für einen weiteren Aufbau des Terminal Köln Nord, die intensiviere Nutzung des Terminal Köln-Eifeltor, den Ausbau des Godorfer Hafens und eine bessere Anbindung an Köln-Eifeltor.
- In10.2. Unvermeidliche LKW-Fahrten sollen so kurz wie möglich bleiben. Sie sollen auf dafür vorgesehenen Hauptwegen verlaufen und die Innenstadt vermeiden. Insbesondere für die Versorgungs- und Lieferverkehre in der City sowie in den urbanen innenstadtnahen Stadtteilen werden wir mit der HGK ein Konzept für die letzte Meile aller Logistik-Unternehmen in Köln erarbeiten und umsetzen. Dazu wollen wir Veedelszentren attraktiver gestalten: Durch die Möglichkeit, autofreie Straßen zu bestimmen und Mobilitätszentren zu bauen.
- In10.3. Unsere Region braucht den Frachtflugverkehr, für dessen Sicherung wir uns einsetzen. Zugleich unterstützen wir die Anwohner*innen in ihrem Engagement für passiven und aktiven Lärmschutz. Die KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens. Gleichzeitig wird die KölnSPD auch die Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen im Auge behalten. Auch in den Betrieben, die vielen Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation einen Arbeitsplatz bieten, müssen akzeptable Arbeitsbedingungen herrschen und die Beschäftigten von ihrer Arbeit leben können.

BILDUNG

KOSTENFREI UND FÜR ALLE

Eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft ist die Bildungsförderung von Kindern und Jugendlichen. Damit kann der Traum eines jeden vom Aufstieg durch Bildung verwirklicht werden – ein Kerngedanke der Sozialdemokratie.

Der Schule kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Vor allem die Gesamtschule und die Ganztagschule eröffnen für die Bildungsförderung unverzichtbare Chancen und mehr Bildungsgerechtigkeit. Für uns ist aber wichtig: Bildungschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen, denn wir sind davon überzeugt, dass jede und jeder Fähigkeiten und Begabungen besitzt, die sie oder er in die Gesellschaft einbringen kann. Daher ist uns der Gedanke der Integration und der Inklusion besonders wichtig. Der Bildungsweg beginnt schon bei den Kleinsten.

Bildung muss deshalb im gesamten Lebenslauf beitragsfrei sein. Noch immer sind Bildung und Teilhabe abhängig vom Geldbeutel der Eltern und dem sozialen Hintergrund der Familien. Schulen in Stadtteilen mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen mehr Unterstützung. Dies wollen wir mit der Stärkung unseres schulscharfen Sozialindex erreichen. In Köln stehen wir außerdem vor einem „Schulbaunotstand“ und erheblichem Sanierungsstau. Schulen in den Veedeln sind rar. Dabei hat Köln eine bundesweite gelobte Schulbaurichtlinie. Auf dieser Basis muss unsere Stadt jetzt und in den nächsten zehn Jahren mindestens 50 neue Schulen bauen! Mit weniger Bürokratie, dafür höchster Priorität!

Um dies alles zu erreichen, müssen wir uns den Herausforderungen in besonders nachhaltiger Weise stellen und offensiv den Ausbau der Bildungsförderung in allen Bereichen vorantreiben. Dies geht nur gemeinsam mit dem Land. Das gilt für den Ausbau der Gesamtschulen, der bei uns eine hohe Priorität hat, aber auch für die Qualifizierung der Ganztagschule, in offener wie gebundener Form. Darüber sollen die Schulen gemeinsam mit den Eltern entscheiden. Uns ist aber wichtig: Die Ganztagschule muss multi-professionell sein und die Beteiligten gut zusammenwirken. Nur dann ist Erfolg möglich. Wir erwarten vom Land ein Konzept, wie der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz Realität werden kann und welche Mittel das Land über die Bundesmittel hinaus bereitstellt.

Bildung schließt aber auch Berufsbildung und Weiterbildung ein. Kölner Berufskollegs bilden eine wichtige Säule in der Kölner Schullandschaft. Sie bieten Jugendlichen vielfältige Wege für einen qualifizierten Schulabschluss mit intensiven Unterstützungsmaßnahmen. Die duale Ausbildung gilt es auszubauen, der Kölner Campusgedanke ist hier eine wichtige Grundlage.

Bildung braucht für all dies eine gute, solide Finanzierung! Die ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Wenn wir bei der Bildung sparen, wird sich das irgendwann rächen. Was wir dringend benötigen ist eine neue Verantwortungsgemeinschaft zwischen Bund, Land und Kommune, um die verschiedenen Zuständigkeiten im Bildungsbereich vereinfacht, vernünftig und nachvollziehbar festzuschreiben.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

IN11: WIR INVESTIEREN IN DIE FRÜHE BILDUNG UND MACHEN BILDUNG KOSTENFREI.

- In11.1. Wir wollen einen nachhaltigen Ausbau der Plätze in den Kindertageseinrichtungen – und soweit Bedarf vorliegt – auch in der Kindertagespflege insbesondere für die unter Dreijährigen erreichen, damit der Rechtsanspruch auch für alle Eltern die dies wollen, gesichert werden kann.
- In11.2. Für uns gilt: Wer Einrichtungen der frühen Bildung besucht, soll dies beitragsfrei machen können. Dies wollen wir gemeinsam mit dem Land zukünftig sicherstellen.
- In11.3. Eine gute frühe Förderung setzt ausreichend qualifizierte Fachkräfte voraus. Wir wollen erreichen, dass in den städtischen Berufskollegs die entsprechenden Ausbildungsgänge erheblich ausgeweitet werden. Dabei wollen wir auch das Land in die Pflicht nehmen: Im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten soll für mehr Plätze Sorge getragen werden.
- In11.4. Wir wollen einen gelingenden Übergang von der KiTa in die Grundschule. Hier braucht es besserer Abstimmungen zwischen den beiden Einrichtungen, gemeinsam mit den Eltern. Hierzu sollen im Rahmen der Bildungspläne verstärkt Initiativen unternommen werden, um den Übergang für die Kinder und ihren Eltern sicherer gestalten zu können.
- In11.5. Auch die Ganztagschule soll kostenfrei werden. Wir verstehen sie als Ort des Bürgerlichen Gemeinwesens: Sie erfüllen integrative Funktionen im Veedel und sind offen für außerschulische Aktivitäten.
- In11.6. Wir wollen außerdem ein stärkeres Engagement von Unternehmen ermöglichen und die Einrichtung von Betriebs-KiTas erleichtern. Für die neuen Betreuungsbedarfe, zum Beispiel durch veränderte Arbeitszeiten, müssen im System der Kinderbetreuung neue und flexible Lösungen gefunden werden.

IN12: WIR BAUEN NEUE SCHULGEBÄUDE UND FÖRDERN GESAMTSCHULEN.

- In12.1. Städtische Grundstücke für den Schulbau sollen dort erworben und genutzt werden, wo der Bedarf am größten ist. Wo neuer Wohnraum entsteht, werden wir städtische Kitas und Schulen sofort mitplanen und bauen. Die Stadt Köln soll hierfür verstärkt von ihrem Vorkaufsrecht Gebrauch machen.

- In12.2. Im Vergleich mit anderen Schulformen haben Gesamtschulen für uns höchste Priorität. Bei Planung und Bau von weiterführenden Schulen werden wir konsequent auf den Neu- und Ausbau von Gesamtschulplätzen setzen.
- In12.3. Wir wollen Bauvorhaben durch innovative Vergabeformen beschleunigen. Die Kölner Schulbaurichtlinie ist bundesweit Vorbild. Zusätzlich werden wir die kommunale Bauaufsicht dazu bringen, die Ermessensspielräume der Landesbauordnung bei Schulbauten künftig auszuschöpfen: Schulbauten können dann beispielsweise höher gebaut werden oder Schulhöfe so gestaltet werden, dass mitten in der Stadt auch der engste Raum effektiv und nachhaltig genutzt wird.
- In12.4. Wir werden die städtische Gebäudewirtschaft und andere am Schulbau beteiligten technischen Ämter stärken – zum Beispiel die Bauaufsicht oder das städtische Planungsamt. Dazu wollen wir am Markt orientierte, gut dotierte technische Stellen schaffen, um das Interesse von externen Fachkräften zu wecken.
- In12.5. In der Perspektive streben wir an, alle Menschen, die an den Schulen arbeiten – auch Reinigungskräfte – durch die Stadt anzustellen und wie im öffentlichen Dienst zu bezahlen. Outsourcing und Billiglösungen sind mit der KölnSPD nicht zu machen.

IN13: WIR GESTALTEN SCHULEN WEITER UND BEZIEHEN NEUE KONZEPTIONEN EIN.

- In13.1. Wir forcieren Maßnahmen zur Instandsetzung und zur Erhaltung bestehender Schulgebäude, vor allem mit Blick auf die sanitäre Ausstattung. Schulen stellen wir eigene Küchen zur Verfügung, wo baulich machbar.
- In13.2. Wir werden eine Bereitstellung der nötigen Flächen und Räume vorantreiben, um sowohl die Inklusion, als auch Gg schnell und bestmöglich umzusetzen.
- In13.3. Wir sind der Überzeugung, dass Schulhöfe als attraktive und grüne Bewegungsräume gestaltet werden müssen. Wir wollen deshalb – dort wo es an Schulen möglich ist und die Schulkonferenz das will – die Schulgärten stärken und Schulen verstärkt motivieren, weiterführende Konzepte der pädagogischen Arbeit zu fördern, z.B. unter Einbeziehung von Tieren in Form von Bienenstöcken, Hühnergehegen oder Schulhunden.
- In13.4. Die Öffnung von Schulhöfen als Bewegungsräume für die Öffentlichkeit wollen wir dort unterstützen, wo dies auch von der Schule angestrebt wird. Wir werden deshalb durch entsprechende Mittel die Reinigung der Schulhöfe vor Unterrichtsbeginn veranlassen, etwa durch AWB-Servicekräfte.

- In13.5. Alle Kölner Schulen mit eigenen Mensen, sollen wo es möglich ist, ein gesundes und regionales Essen anbieten. Gemeinsam mit dem Land streben wir an, dass das Schulessen auch kostenfrei angeboten werden kann.
- In13.6. Insgesamt wollen wir, wo es möglich ist, Freiräume für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt schaffen. Bei der Sanierung und Neuanlage von Spielplätzen wollen wir das Nadelöhr der personellen Ressourcen beseitigen. Damit unsere Kinder und Jugendliche spielen und sich entwickeln können, brauchen wir aber auch mehr und besser ausgestattete Treffpunkte. Unter anderem streiten wir daher weiterhin für die Einrichtung einer offenen Jugendeinrichtung mit medienpädagogischem Schwerpunkt.
- In13.7. Die kommunale Schülerpauschale für Sach- und Lernmittel wird verdoppelt und jedes Jahr mindestens um die Inflationsrate erhöht. Grundlage dazu ist der Verbraucherpreisindex. Der Gesamtbetrag wird zu 100% den Schulen zur Verfügung gestellt.
- In13.8. Qualifizierte Bildungsförderung setzt aber auch einen schulscharfen Sozialindex voraus. Nur unter Berücksichtigung dieses Indexes kann Bildungsgerechtigkeit auch über die Ressourcenverteilung gesteuert werden. Schulen in Veedeln mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen mehr Unterstützung. Es kann nicht sein, dass die Übergangquote von der Grundschule auf das Gymnasium von Stadtteil zu Stadtteil extrem unterschiedlich ausfällt. Die Eingruppierung der Schulen in die verschiedenen Kategorien muss nicht-öffentlich geschehen, um eine Stigmatisierung der Schulen und vor allem der Schüler*innen zu verhindern.
- In13.9. Wir wollen das Umweltbildungsangebot an außerschulischen Bildungsangeboten fördern und weiter ausbauen.

IN14: WIR STÄRKEN UND QUALIFIZIEREN DEN BEITRAGSFREIEN GANZTAG.

- In14.1. Für die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz ab dem Jahr 2025 müssen bereits in naher Zukunft die Weichen auch vor Ort gestellt werden. Deshalb wollen wir Konzepte entwickeln, wie dies sinnvoll und umfassend erreicht werden kann. Hierzu bedarf es intensiver Einbeziehung des Landes.
- In14.2. Ganztagschulen sollen so gestaltet werden, dass die Halbierung des Schulalltags aufhört und ein Gesamtkonzept der Bildungsförderung für den ganzen Tag entwickelt wird. Daher streben wir eine Rhythmisierung des Schultags an. Schulen sollen selbst entscheiden, ob sie dies in offenen oder gebundenen Formen wollen.

- In14.3. Ganztagschulen brauchen auch die räumlichen Voraussetzungen. Daran fehlt es aber vielen Schulen. Wir werden deshalb für den Ganztagsbetrieb den Ausbau von Mensen und zusätzlichen Räumen für die Offenen Ganztagschulen (OGS) fördern. Wir werden diese Maßnahme in das priorisierte Bauprogramm der städtischen Gebäudewirtschaft aufnehmen.
- In14.4. Besonders wichtig im Ganzttag ist uns ein qualifiziertes Ferienprogramm. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses attraktiv und vielseitig ist und über den Betreuungsauftrag hinaus auch den Bildungsauftrag einbezieht. Die städtischen Projekte müssen in den Ferien mit den Ganztagschulen abgestimmt werden. Im Rahmen der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung sollen hierzu Ansätze entwickelt werden.
- In14.5. In den Stadtbezirken Chorweiler, Mülheim, Kalk und Porz wollen wir die Quoten der Offenen Ganztagschulen steigern.
- In14.6. Zur Förderung der Qualität der täglichen Betreuung von Kindern und Jugendlichen werden wir werden mehr pädagogisches Personal anstellen bzw. die Stundenzahl erhöhen und einen angemessenen Personalschlüssel samt entsprechenden Qualitätsstandards festlegen – pädagogisch wie räumlich. Die Träger des offenen Ganztags sollen durch eine angemessene Förderung durch Land und Stadt in die Lage versetzt werden, ihre Mitarbeiter*innen tarifgerecht – entsprechend des TVÖD – zu entlohnen. Die Stadt selber wird nur noch mit Trägern zusammenarbeiten, die den TVÖD anwenden.
- In14.7. Da sowohl familiäre Ressourcen als auch das direkte Nahumfeld von Kindern und Jugendlichen das Aufwachsen prägen, verfolgen wir die Vision von lokalen Bildungslandschaften in allen Kölner Stadtteilen.

IN15: WIR INFORMIEREN ÜBER BILDUNGSANGEBOTE FÜR JUNGE MENSCHEN.

- In15.1. Wir werden in Köln eine flächendeckende Bildungsberatung etablieren. Dabei verbessern wir auch das Informationsangebot des Kölner Bildungsservers.
- In15.2. Die dezentrale Beratung in den jeweiligen Schulen stärken und fördern wir. Auch wollen wir erreichen, dass das Informationsangebot des Kölner Bildungsservers verbessert wird.
- In15.3. Der Erhalt und die Stärkung der kommunalen Koordinierungsstelle des Programms "Kein Abschluss ohne Anschluss ("KAoA") ist uns von großer Bedeutung. Wir werden uns deshalb für eine bessere Berufsberatung stark machen, ebenso für ein besseres, von der Stadt gestütztes Übergangsmangement von der Schule zum Beruf.

- In15.4. Wir setzen uns für eine angemessene Ausstattung der städtischen Berufsschulen ein, damit eine qualitative schulische und duale Ausbildung sichergestellt wird. Außerdem fordern wir die Stadt Köln auf, sich in Land und Bund an dem Modernisierungspakt für berufliche Bildung zu beteiligen. Es bedarf einer Investitionsinitiative, um die berufliche Bildung auf den neuesten Stand der Technik zu bringen – in allen Berufsfeldern.
- In15.5. Wo Schulen und Eltern dies wollen, fördern wir den herkunftssprachlichen Unterricht.

IN16: WIR STÄRKEN DIE SOZIALARBEIT VON JUGENDHILFE UND SCHULE.

- In16.1. Für uns ist die Sozialarbeit eine Unterstützung für ein gelingendes Aufwachsen. Gerade an Schulen kommt ihr daher eine besondere Bedeutung zu. Hier kann sie Kinder und Jugendliche direkt ansprechen und unterstützen oder auch Konflikte minimieren helfen. Daher wollen wir das Angebot von Schulsozialarbeit in Zusammenarbeit mit dem Land stärken und ausbauen. Sie muss dabei Teil der Kinder- und Jugendhilfe bleiben und mit den Schulen verstärkt kooperiert.
- In16.2. Eine qualifizierte Schulsozialarbeit bedingt aber auch eine gute Bezahlung. Daher setzen wir uns für eine tarifgerechte Bezahlung der Fachkräfte ein.
- In16.3. Geflüchteten jungen Menschen wollen wir weiterführende Unterstützung gewährleisten, je nach Anzahl der Schüler*innen mit Fluchtgeschichte sollen mehr Stellen für die Schulsozialarbeit geschaffen werden.
- In16.4. Das Bedürfnis des einzelnen Kindes ist der Maßstab. Wir wollen deshalb erreichen, dass kommunale Ressourcen und alle Förderungsprogramme des Landes, des Bundes und von anderer Stelle durch den Filter des Sozialindex verteilt werden, und zwar kindbezogen.

IN17: WIR FÖRDERN DEN SPORT.

- In17.1. Wir werden in Köln weiterhin einen vielseitigen Breitensport gewährleisten und deshalb die Förderung von Sportvereinen verbessern. Dabei werden wir bürokratische Hürdenläufe unterbinden und die Verwaltung zur vollen Unterstützung anhalten. Ehrenamtliche geführte Vereine sollen ihre Zeit für Mitglieder und den Sport einsetzen, nicht für die Bürokratie.
- In17.2. Wir werden in Stadt und Veedel moderne Sportanlagen bauen und mehr großflächige Bewegungsräume erschließen. Dabei kümmern wir uns insbesondere um die Frei- und Bewegungsräume für Kinder und Jugendliche, aber auch um die Spielräume für Vereine. Sie sollen gute Bildung und Integration durch Sport ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir noch mehr Tennisplätze in Kunstrasenplätze umwandeln.

- In17.3. Wir werden uns für den Neubau eines Schwimmbades einsetzen, das für den öffentlichen, aber auch für den Schul- und Vereinssport geeignet ist.
- In17.4. Wir werden die Sportentwicklungsplanung weiter prüfen und durch Pilotprojekte vorantreiben.
- In17.5. Köln ist ein Leuchtturm des deutschen Spitzensports. Durch eine gute Infrastruktur wollen wir jedem Verein die Möglichkeit zum Aufstieg geben, damit er national und international präsent sein kann. Unser Maßnahmenpaket enthält im Einzelnen:
- Ausbau und Überdachung des Radstadions zu einem Landesleistungszentrum für Bahnradsport mit multifunktionaler sportlicher Innenraumnutzung.
 - Erweiterung des Trainingsgeländes des 1.FC Köln am Geißbockheim, und zwar um ein Nachwuchsleistungszentrum mit Öffnung für den Breitensport.
 - Errichtung eines inklusives Sportzentrums in Köln-Stammheim mit Neubau einer Sporthalle für max. 1.000 Zuschauer, vorrangig für Rollstuhlbasketball und einer Doppeleishalle für Eishockey und Para-Eishockey.
 - Ausstattung von je zwei Sporthallen links- und rechtsrheinisch für den Sportwettkampfbetrieb, mit einer Fassungskapazität von jeweils 1.000 Zuschauer*innen.
 - Errichtung eines zweitligatauglichen Fußballstadions in Köln-Stammheim.
- In17.6. Durch die „SPD-Sportkonferenz“ werden wir die Möglichkeiten zum direkten Austausch mit den Akteuren der Sportentwicklungsplanung erhalten.
- In17.7. Wir werden die erfolgreichen Programme „Sport in Metropolen“, „Mitternachtssport“, „Sicher schwimmen“ und „Sportbetonte Schulen“ weiterführen. Mit dem Stadtsportbund haben wir in dieser Hinsicht einen zuverlässigen Partner.

IN18: WIR STÄRKEN STADTBIBLIOTHEK, VOLKSHOCHSCHULE UND MUSIKSCHULE.

- In18.1. Auch die Stadtbibliothek und Volkshochschule sind Bildungsorte. Beide Orte bedürfen einer stabilen Basis für ihre Arbeit. Mit über 2,5 Mio. Besucher*innen und den wachsenden attraktiven Außenstellen ist die Stadtbibliothek immer attraktiver geworden. Daher wollen wir sie stärken. Dazu gehört auch, die Öffnungszeiten am Wochenende auszuweiten. Wir werden vor Ort gute Ideen und innovative Projekte fördern, wie etwa die Stadtteilbibliothek Kalk. Außerdem werden wir dafür Sorge tragen, dass die E-Learning-Angebote von städtischen Trägern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- In18.2. Wir werden die Zusammenarbeit der Stadtbibliotheken mit den Kitas und Schulen weiter ausbauen. Bereits die Kleinsten sollen an dieses Bildungsangebot herangeführt werden. Wir sagen: In die Schultüte gehört ein Büchereiausweis!
- In18.3. In den Kölner Stadtbezirken wollen wir die dezentrale Bildungsarbeit ausbauen und stärken, insbesondere die Arbeit der Volkshochschule. Wir leisten dadurch einen Beitrag zu einer verbesserten Bürger- und Sozialraumorientierung.
- In18.4. Zusätzlich werden wir die Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen ausbauen, etwa an der Tages- und Abendschule.
- In18.5. Die VHS ist ein Ort des lebenslangen Lernens und der Bildung für alle. Wir werden das Angebot der Volkshochschule entsprechend dem Bedarf erweitern und die Beiträge für die Teilnehmenden senken. Kürzungen lehnen wir ab und werden sie rückgängig machen. Die Kursleiter*innen an der VHS werden wir aus dem Prekariat herausholen. Die arbeitnehmerähnlich beschäftigten Lehrkräfte werden wir in Festanstellung beschäftigen. Alle Honorarkräfte werden wir sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall und einen Honorarzuschuss, der dem Arbeitgeberanteil an den Sozialversicherungskosten entspricht. Alle Lehrkräfte müssen gleich bezahlt werden – wir gleichen den Stundensatz an den der Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache an.
- In18.6. Die Bildungsangebote der VHS bieten wir inklusiv an, damit Menschen mit Behinderungen (wie z.B. Seh- und Höreinschränkungen u.a.) die Möglichkeit haben daran teilzunehmen.
- In18.7. Musikalische Bildung muss allen Bürger*innen ermöglicht werden – auch solchen, in deren Umfeld das Erlernen eines Instruments nicht selbstverständlich ist. Deshalb werden wir das Angebot der Rheinischen Musikschule angesichts der vollen Wartelisten ausbauen und die Teilnehmerbeiträge senken, bei gleichzeitigem Erhalt der Unterrichtsqualität. Die prekäre Arbeitssituation der Musiklehrer*innen werden wir wie an der VHS verbessern und die drohenden Kürzungen zurücknehmen. Zur Verbesserung der Arbeitssituation an der Rheinischen Musikschule werden wir:
- den Anteil der in Festanstellung arbeitenden Musikschullehrer*innen weiterhin deutlich ausbauen,
 - alle Honorarkräfte sozial besser absichern durch Honorarfortzahlung im Krankheitsfall
 - und alle Musikschullehrer*innen wie im Öffentlichen Dienst (TVÖD) entlohnen und dies dauerhaft festschreiben.

IN19: WIR DIGITALISIEREN UNSERE BILDUNGSEINRICHTUNGEN.

- In19.1. Wir werden die Schulen mit neuen Mediengeräten ausstatten, und zwar in Verbindung mit pädagogischen Einsatzkonzepten. Für die Hard- und Softwarepflege werden Schulen durch IT-Fachkräfte und Fortbildung der Lehrkräfte unterstützt. Die Stadt muss sicherstellen, dass die Kosten für Betrieb, Wartung und IT-Support – auch die vom Digitalpakt geförderten Infrastruktur – dauerhaft zur Verfügung stehen. Digitalisierung ist ein fortlaufender Prozess.
- In19.2. Die Schulen dürfen im Alltag nicht allein gelassen werden. Professionelle Betriebs- und Supportstrukturen müssen unterstützen. Damit kann die steigende Zahl der digitalen Geräte sicher und effizient betrieben sowie Betriebsstandards auch für die digitale Infrastruktur in den Schulen sichergestellt werden.
- In19.3. Ein zentraler kommunaler Schul-IT-Betrieb entlastet die Schulen von IT-Administrationsaufgaben, schafft Synergien bei Betriebsaufgaben, die einmal für alle Schulen geleistet werden können, und professionalisiert den IT-Betrieb und IT-Support. Mit einem solchen Modell können zudem dauerhaft die Anforderungen an Datenschutz und Datensicherheit im sensiblen Anwendungsfeld Schule garantiert werden. Landesweite Mindeststandards für den IT-Betrieb könnten über den Dachverband der kommunalen IT-Dienstleister (KDN) weiterentwickelt und umgesetzt werden. Der NetCologne Schulsupport tut dies bereits an 600 Schulen im Raum Köln-Bonn. Wir befürworten eine Ausweitung und Intensivierung der Arbeit des Schulsupports von NetCologne.
- In19.4. An den VHS-Standorten werden wir die Infrastruktur für digitale Bildung gewährleisten. Dazu gehört ein leistungsfähiges WLAN, aber auch die konkrete technische Ausstattung, wie ActiveBoards oder ähnliche Mittel.
- In19.5. Wir werden alle Schulen mit einer SchulApp ausstatten. Sie soll Schüler*innen und Lehrer*innen die Möglichkeit zur digitalen Datenablage liefern und als Kommunikationsplattform dienen.

DIGITALISIERUNG UND ENERGIEWENDE

CLEVER. INNOVATIV. KLIMAFREUNDLICH.

Die Digitalisierung bringt weitreichende Veränderungen in allen Lebensbereichen. Clever genutzt, kann sie uns dabei helfen, die drängenden Herausforderungen unserer Stadt zu lösen. Wir sagen: Köln soll ein digitaler Vorreiter werden. Aber darauf muss die Verwaltung organisatorisch vorbereitet sein: Wir brauchen einen digitalen Masterplan und einen „digitalen Kopf“, eine Stelle im OB-Büro, die alle Projekte und Initiativen koordiniert und zusammenführt (siehe Kapitel Arbeit und Wirtschaft).

Wir wollen Kölns digitale Potenziale aus allen Bereichen nutzen. Für den Wandel in der Arbeitswelt wollen wir in Zusammenarbeit mit innovativen Unternehmen und den Gewerkschaften neuartige, zukunftsweisende Lösungen und Konzepte finden, die nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*innen und Freischaffenden gehen. Wir wollen zum Beispiel die Sharing Economy stärken. Für die digitale Bildung wollen wir verstärkt das Wissen der Hochschulen nutzen. Dazu kommt die Digitalisierung der Bildung: Auch an den Schulen müssen digitale Ausstattung und digitale Inhalte selbstverständlich sein.

Das gilt ebenso für schnelles Internet zuhause – überall in Köln. Dafür brauchen wir den Glasfaser-Ausbau in der gesamten Stadt. Nicht zuletzt ist das eine wesentliche Bedingung für Köln als erfolgreicher Wirtschaftsstandort, für schnelle, digital gesteuerte Verkehrsnetze und für neue Formen der Arbeitswelt (siehe Kapitel Arbeit und Wirtschaft).

Bei allem gilt: Die Daten der Kölner*innen gehören für uns in ihre eigenen Hände. Wir verfolgen eine Strategie der digitalen Souveränität: Die Stadt muss unabhängig von Software-Konzernen werden; sie muss ihren Bürger*innen ermöglichen, Dienstleistungen sicher online zu nutzen. Und natürlich muss sie eine datensichere Bürgerbeteiligung gewährleisten, die ihren Namen verdient.

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche stellt uns aber auch vor eine drängende Frage der effizienten Energieversorgung. Das Internet und seine digitalen Technologien verbrauchen weltweit immer mehr Energie. Für uns sind in Zeiten der Klimakrise und des städtischen Klimanotstands deshalb Digitalisierung und Energieeffizienz untrennbar miteinander verbunden. Wir wollen, dass Köln nicht nur digital, sondern auch klimaschonend wirtschaftet.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

IN20: WIR VERSORGEN DEN ÖFFENTLICHEN RAUM MIT INTERNET. KOSTENFREI.

- In20.1. Bis 2022 werden wir die WLAN-Hotspots an öffentlichen Plätzen und in allen Bussen, Bahnen und Haltestellen der KVB ausbauen. Sie sollen ohne Zeitbeschränkung nutzbar sein.
- In20.2. Die Internetarbeitsplätze in den Stadtbibliotheken werden wir mindestens verdoppelt und durch Coworking Spaces insbesondere für Schüler*innen und Student*innen ergänzen. Vorbild ist die öffentliche Bibliothek unserer Partnerstadt Tel Aviv.
- In20.3. Wir werden den Glasfaserausbau auf Kölner Stadtgebiet weiter vorantreiben und die Bundesfördermittel entsprechend abrufen. Den Masterplan zum Breitband- und Glasfaserausbau werden wir schnellstmöglich umsetzen. Für uns ist deshalb auch klar: NetCologne muss in städtischer Hand bleiben.
- In20.4. Wir werden dafür sorgen, dass NetCologne weiterhin in neue Technologien investiert, zum Beispiel im Bereich 5G, einem 450 Megahertz-Funknetz oder LoRaWAN. Dadurch werden neue digitale Lösungen einfacher und sicherer.
- In20.5. Wir stellen außerdem sicher, dass die Daten der Stadt Köln und der städtischen Unternehmen nicht kommerziell, sondern im Sinne der Daseinsvorsorge verwendet werden: Vorwiegend durch die öffentliche Hand und ihre Unternehmen, vor allem aber zum Zwecke der Entwicklung neuer Lösungen – zum Beispiel einer effizienten Raumordnung, der großflächigen Planung von Mobilität, dem Bau von Schulen und Kitas, dem Ausbau der Infrastrukturen, und der Entwicklung klimanützlicher Konzepte.

IN21: WIR PACKEN DIE ENERGIEWENDE AN.

- In.21.1. Wir wollen dafür sorgen, dass zukünftig alle kommunalen Gebäude, Wirtschaftsbetriebe und Unternehmen, aber auch alle E-Ladesäulen zu 100% mit Ökostrom versorgt werden. Andere Belieferungsverträge werden nicht mehr abgeschlossen.
- In.21.2. Die Stromversorgung durch Braunkohle aus dem Heizkraftwerk Merkenich werden wir spätestens 2025 beenden.

- In.21.3. Wir werden alle in Köln anlegenden Schiffe verpflichteten, den an Land erzeugten Ökostrom zu beziehen.
- In.21.4. Strom- und Wärmespeicher werden wir ausbauen. Verschiedene Technologien müssen dabei kombiniert und vernetzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die RheinEnergie die im Rahmen des bundesweiten Kohleausstiegs stillgelegten Meiler als Stromspeicher nutzen kann.
- In.21.5. Bei erneuerbaren Energien wird auf absehbare Zeit keine ausreichenden Speichertechnologie zur Verfügung stehen, mit der die schwankende Produktion ausgeglichen werden kann. Deshalb befürworten wir als Beitrag zum Klimaschutz hocheffiziente Gas- und Dampf-Anlagen, außerdem Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung und Nahwärmenetze mit dezentralen Blockheizkraftwerken. Wir wollen, dass Köln klimaneutral wird. Wir werden die RheinEnergie dazu anhalten, nicht mehr in konventionelle Kraftwerke mit fossilen Energieträgern zu investieren.
- In.21.6. Weitere Einsparungen beim Stromverbrauch werden wir durch eine bessere Vernetzung der Energieerzeuger und -verbraucher erzielen. Dazu werden wir entsprechende Programme wie etwa „SmartCity Cologne“ deutlich ausweiten.
- In.21.7. Wir werden dafür sorgen, dass die Stadt gemeinsam mit der Handwerkskammer ein Schulungsprogramm für Dachdecker zu Photovoltaik und Solarthermie anbietet.

IN22: WIR FÖRDERN INNOVATIONEN FÜR DIE UMWELT.

- In.22.1. Wir wollen, dass Köln emissionsfrei wird. Gemeinsam mit der RheinEnergie wird die Stadtverwaltung deshalb verschiedene Angebote für Unternehmen entwickeln, um auf Grundlage des künftig erwarteten Energiebedarfs dieses Ziel zu verwirklichen.
- In.22.2. Damit die Energiewende gelingt, muss in Köln die Hochschullandschaft stärker einbezogen werden. Schon heute hat die Technische Hochschule in Köln auf diesem Gebiet eine hervorragende Expertise. Um diese Expertise auf kommunaler Ebene besser nutzen zu können, werden sich die Stadt und die RheinEnergie dort stärker in der Forschungsförderung engagieren. Das Ergebnis soll die Institution „Köln klimaneutral“ sein: Eine Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, RheinEnergie und TH Köln, bei der technische Konzepte für ein klimaneutrales Köln ausgearbeitet und ihre Umsetzung begleitet wird.

ZUSAMMENLEBEN

SOLIDARISCHES MITEINANDER IM VEEDSEL

Im Schnitt sind die Menschen in Köln 42 Jahre alt, verdienen netto 1.780 Euro im Monat, wohnen mit zwei anderen Personen zusammen und zahlen dafür 8,49 Euro Miete pro Quadratmeter.

Die Chance ist ziemlich groß, dass keine dieser Zahlen auf dich zutrifft. Und selbst wenn: Köln ist bekanntlich ein Jefeühl und Gefühle lassen sich kaum in eine Statistik pressen. Im Gegenteil: Wir genießen in unserer Stadt eine einzigartige Kultur des Zusammenlebens. Wir feiern Karneval, wir tingeln durch Bars und Büdchen. Hier leben Jung und Alt, Arm und Reich. Hier arbeiten Menschen aus über 180 Ländern jeden Tag zusammen, mit unterschiedlicher Religion, Herkunft und sexueller Orientierung.

Wir stehen fest an der Seite derer, die sich für eine solidarische und tolerante Stadtgesellschaft und gegen Rassismus, Antisemitismus, rechte Hetze und Gewalt sowie die Ausgrenzung von Minderheiten einsetzen.

Wir wollen, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur, Religion und sexueller Orientierung in Köln friedlich angstfrei und respektvoll zusammeneben und dass Flüchtlinge Schutz und Solidarität erfahren. Wir unterstützen deshalb „Arsch huh“ und andere zivilgesellschaftliche Initiativen beim Kampf gegen Rechtspopulismus und -extremismus und arbeiten im Bündnis „Köln stellt sich quer“ mit. Wir rufen alle Kölner*innen dazu auf, mit uns die Grundwerte der Demokratie innerhalb und außerhalb der Parlamente zu verteidigen.

Köln muss eine Stadt sein, in der niemand ausgeschlossen wird. Eine echte Gemeinschaft. Der Ort dieser Gemeinschaft ist für uns das Veedel. Wir wollen lebenswerte Veedel, in denen man sich gerne trifft und eine gute Zeit genießen kann; in Parks oder auf Plätzen, aber auch in Kneipen, Bars oder Restaurants. Sportplätze, Schwimmbäder und Orte der Bildung muss es überall geben. Genau wie vielfältige Einkaufsmöglichkeiten jeder Größe.

Wir wollen diese Gemeinschaft mit Leben füllen. Dazu brauchen wir zum Beispiel Bürgerzentren als Anlaufstelle für Menschen jeden Alters, jeder sozialen Schicht und jeder Herkunft. Dafür brauchen wir soziale Projekte in den Veedeln und die effektive Bekämpfung von Armut, die benachteiligt sind und in denen die Menschen besonders viel Hilfe benötigen. Wir setzen uns deshalb für eine gute Qualität von Senior*innen und Pflegeheimen ein.

Dafür brauchen wir aber auch den Abbau von Barrieren, um Zugang für alle zu ermöglichen. Wir werden alle Anstrengungen, um neue Impulse für die Verbesserung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderung aufzunehmen. Und wir brauchen ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit, um Abfall in unserer Stadt zu vermeiden und ihre Natur zu schätzen.

Ein soziales Miteinander bedeutet auch Sicherheit. Kölns Wohlstand muss es allen Menschen hier ermöglichen, in Würde und frei von materieller Not zu leben. Dafür muss die Stadt die nötigen Güter und Leistungen bereitstellen. Zum Beispiel durch soziale Institutionen, die Unterstützung von Krankenhäusern und Notfallpraxen, durch eine funktionierende Müllabfuhr oder eine garantierte Strom- und Gasversorgung. Aber auch durch einen gut funktionierenden öffentlichen Nahverkehr.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

Z1: WIR BELEBEN DIE VEEDEL.

- Z.1.1. Die Bürgerzentren und Bürgerhäuser sind Orte des Austauschs und wichtige Anlaufstellen im Veedel. Wir werden sie deshalb finanziell und personell besser ausstatten, damit sie sich auch neuen Zielgruppen öffnen können – zum Beispiel durch Foodsharing, als Reperaturcafés oder Tauschbörsen. Dazu gehört auch eine Modernisierung, etwa durch freies WLAN oder eine nachhaltige Gebäudesanierung. Dadurch unterstützen wir sie in ihrer zentralen Aufgabe, für jedes Veedel bezahlbare und attraktive Räume anzubieten – für neues und altes Engagement.
- Z.1.2. Wir werden die öffentlichen Plätze aufwerten. Wir werden sie so gestalten, dass sie Kommunikation ermöglichen und zum Aufenthalt im Freien einladen; ohne dass dabei die Interessen der Anwohner*innen vernachlässigt werden. Durch mehr Grün und Wasser wollen wir den Folgen des Klimawandels entgegenwirken.
- Z.1.3. Wir werden mehr Chancen für Menschen mit Behinderung erschließen und die Entwicklung sowie den Erfolg von Initiativen für gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft vorantreiben.
- Z.1.4. Soziale Angebote wollen wir vor Ort bündeln und dafür lokale Anlaufstellen schaffen. Eine Möglichkeit sind kommunale „Kümmererbüros“, wie es sie schon in Rheinland-Pfalz gibt. Sie dienen als kombinierte Anlaufstelle für die Angebote der Seniorenberatung, von Jugend- und Familienbüros, von Beratung und Unterstützung für Menschen mit psychischen Erkrankungen und von allen anderen haushaltsnahen Dienstleistungen, die dafür sorgen, dass Menschen möglichst lange in ihrem eigenen Zuhause wohnen können.
- Z.1.5. Gentrifizierung und Ghettoisierung von Veedeln werden wir bekämpfen. Dafür wollen wir mit sogenannte Milieuschutz-Satzungen arbeiten und die Vernachlässigung von Wohneigentum unter Ordnungsstrafe stellen. Außerdem wollen wir mehr städtische Wohnungen bauen und erwerben, und zwar in allen Vierteln. Außerdem fördern wir den experimentellen Wohnungsbau ein.

- Z.1.6. Wir wollen das Programm „Starke Veedel – Starke Stadt“ weiterentwickeln. Wir werden mehr Teilhabe möglich machen, und zwar durch bessere Informationsangebote und digitale Angebote, die einfach und von Zuhause aus abrufbar sind. Diese Angebote werden ansprechend und niedrigschwellig gestaltet werden, damit sich die Menschen mit ihrem Veedel leicht identifizieren können. Nach dem Vorbild Mülheims schaffen wir einen Markt der Möglichkeiten, damit sich Vereine und Initiativen den Bürger*innen vorstellen und für sich werben können.
- Z.1.7. Wir werden das flächendeckende Netz von Notfallpraxen, Geburtsstationen und Hebammen in Köln pflegen und aufrechterhalten.

Z2: WIR FÖRDERN VIELFALT ALS STÄRKE.

- Z.2.1. Wir wollen miteinander leben, nicht nebeneinander. Deshalb fördern wir Engagement, Initiativen und Projekte, die unsere Kölner Vielfalt bereichern und erfahrbar machen. Wir unterstützen den CSD und fördern, genauso wie den Karneval und anderes Kölner Brauchtum, auch finanziell.
- Z.2.2. Bei Straßenbenennungen werden bis zur Parität Frauennamen bevorzugt. Auch bei Auszeichnungen durch die Stadt wie Ehrenbürgerschaften, Preise oder Orden sollen Frauen stärker als bisher berücksichtigt werden.
- Z.2.3. Wir machen uns stark gegen Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung. Deshalb werden wir eine städtische Antidiskriminierungsstelle einrichten. Bereits bestehende Strukturen der Antidiskriminierungsarbeit wollen wir personell und finanziell stärken. Wir werden interkulturelle Zentren fördern, zusammen mit vielfältigen Beratungsmöglichkeiten insbesondere für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans* und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI). Dabei ist uns auch eine Sensibilisierung für potenzielle Diskriminierung im Pflege- und Gesundheitsbereich wichtig. Wir fördern Modellprojekte für vielfältiges Leben im Alter oder bei Behinderung.
- Z.2.4. Wir werden das Amt für Integration und Vielfalt finanziell und personell ausbauen.
- Z.2.5. Die städtischen Arbeitsgemeinschaften für Behindertenpolitik, für LSBTI und den Integrationsrat werden wir stärken. Wir werden sie umfassend in die Beratung zu Anträgen und Verwaltungsvorlagen einbeziehen.
- Z.2.6. Wir engagieren uns auch weiterhin für Geflüchtete und Menschen in Notlagen. Sie müssen aufgenommen und durch umfassende Sprach- und Integrationsmaßnahmen unterstützt werden, damit sie in Köln eine Heimat finden. Zu diesem Engagement zählt auch der Aufbau von Einrichtungen für Geflüchtete mit besonderem Schutzbedarf.

- Z.2.7. Wir stehen zu einem lebendigen und vielfältigen Nachtleben. Um aber die berechtigten Interessen aller Anwohner*innen zu berücksichtigen, wollen wir auf pragmatische Art gemeinschaftliche Lösungen finden. Wir werden deshalb eine Person als Nachtbürgermeister*in berufen, um eine neutrale Vermittlung zu ermöglichen.
- Z.2.8. Weil Sprache verbindet, werden wir mehr Sprachkurse und andere Bildungs- und Teilhabeangebote anbieten – für alle, unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Geldbeutel.
- Z.2.9. Wir fördern die Öffnung der öffentlichen Verwaltung und von Bildungseinrichtungen (u.a. KiTas) im Sinne eines Vielfaltsgedanken, in denen alle Kinder unabhängig von Kultur und Herkunft gemeinsam und gesund aufwachsen können. Insbesondere ihre Sprachentwicklung soll dabei gefördert werden.

Z3: WIR MACHEN KÖLN SICHER.

- Z.3.1. Wir stärken die Polizei vor Ort, veranlassen einen 24-Stunden-Ordnungsdienst und erweitern das Begleitpersonal in Bahnen – anstatt lediglich auf mehr Videoüberwachung zu setzen.
- Z.3.2. Wir unterstützen die Landespolizei bei ihrem Einsatz gegen Gewaltverbrechen, bei der Bekämpfung von organisierter Clankriminalität, illegalen Autorennen und bei der Überprüfung von Gewerbebetrieben hinsichtlich organisierter Kriminalität, wie etwa Steuerhinterziehung.
- Z.3.3. Wir werden uns um die Orte kümmern, an denen sich Menschen unsicher fühlen. Öffentliche Räume sollen aufgehellert werden, um die sprichwörtlichen dunklen Ecken zu verhindern. Durch den Ausbau von Streetwork soll für öffentliche Brennpunkte vor Ort ausreichend Ansprechpersonal bereitgestellt werden.
- Z.3.4. Wir veranlassen, dass Ordnungskräfte und Einsatzkräfte der Stadtverwaltung und Polizei gegen rechte Strukturen und Rassismus entsprechend geschult werden.
- Z.3.5. Wir bekämpfen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Wir werden einen bedarfsgerechten Ausbau der Frauenhäuser veranlassen, die ausreichende finanzielle Ausstattung, außerdem den Schutz und die Beratung von besonders bedrohten Frauen fördern –geflüchtete Frauen, Frauen ohne Wohnung und Frauen in der Prostitution. Das Projekt „Edelgard schützt“ werden wir finanziell und personell weiter ausbauen. Wir stärken die Ausstiegsberatung für Menschen in der Prostitution. Dazu sollen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, wie etwa aus der sogenannten Sexsteuer.

- Z.3.6. Wir unterstützen freie Träger bei ihrer Arbeit mit Mädchen und Frauen. Außerdem Projekte, die Männern dabei helfen, Wege aus der Gewalt zu finden.
- Z.3.7. Damit Spielhallen und Wettbüros in den Veedeln nicht Überhand nehmen, werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen.

Z4: WIR WAGEN MEHR DEMOKRATIE.

- Z.4.1. Wir fördern die partizipative Kinder- und Jugendarbeit.
- Z.4.2. Der selbstorganisierten Jugend wollen wir eine Stimme geben. Deshalb werden wir entsprechend stimmberechtigte Plätze im Jugendhilfeausschuss schaffen und ihnen ein Rederecht im Kölner Stadtrat einräumen.
- Z.4.3. Wir stärken die Bezirksschüler*innenvertretungen in ihrer Arbeit und ermöglichen ihr
- Z.4.4. die Mitarbeit im Schul- und Jugendhilfeausschuss.
- Z.4.5. Für Schulen werden wir weiterhin die Möglichkeiten schaffen, Streitschlichter*innen zu schulen und auszubilden. Wir werden außerdem die Anti-Aggressions-Trainings und Programme zur Diskriminierung an Schulen und zur Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ausbauen.

Z5: WIR MACHEN KÖLN SAUBER.

- Z5.1. Wir werden mehr Abfall-Kontrollen einführen und entsprechende Sanktionen, wenn die Stadt verschmutzt wird. Wir schaffen eine einheitliche Zuständigkeit für die Sauberkeit in Köln. Dazu werden wir mehr Mitarbeiter*innen im Ordnungsamt für alle Veedel einstellen und deutliche Mindeststrafen für Müllverschmutzung oder unbelehrbare Hundehalter festsetzen.
- Z5.2. Wir werden für das Thema sensibilisieren und zum Umdenken anregen: Durch Hinweise und Kampagnen im Straßenraum, aber auch durch Aufklärung in den Schulen.

- Z5.3. Mit der Unterstützung der Kölner Bürger*innen wollen wir unsere Stadt sauberer machen. Die App „Sag’s uns“ wird deshalb stärker beworben und intensiver betreut werden. Wir wollen das Angebot „Kölle putzmunter“ ausweiten und Eigeninitiativen in den Veedeln stärken.
- Z5.4. Wir setzen uns für Müllvermeidung, Recycling und eine Reduzierung der Nahrungsmittelverschwendung ein. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das kostenlose Biotonnenangebot der AWB stärker genutzt wird. Außerdem wollen wir zum Recycling von Elektroschrott ermutigen und schaffen mehr Möglichkeiten durch das Aufstellen zentraler Sammelbehälter.

Z6: WIR VERBINDEN DIE GROSSSTADT MIT DER NATUR.

- Z6.1. Wir wollen Köln stärker begrünen und öffentliche Grünanlagen für Sport und Freizeit nutzbar machen. Ehrenamtliches Engagement auf Veedelsplätzen werden wir unterstützen und Plätze für öffentliches Urban Gardening, die sogenannte „Essbare Stadt“. Landwirtschaftliche Flächen im Kölner Stadtgebiet sollen ökologisch und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir fördern Aktivitäten der partizipativen Landwirtschaft, wie Mietäcker, solidarische Landwirtschaft oder Selbsternteflächen.
- Z6.2. Das Grillen in Parks und auch am Flussufer einer Großstadt muss erlaubt bleiben.
- Z6.3. Um die biologische Vielfalt zu sichern, wollen wir regionale Grünzüge und die Grünflächen in den Veedeln ökologisch vernetzen – etwa durch Naturlaufpfade für Jogger*innen.
- Z6.4. Veranstalter*innen im öffentlichen Raum werden künftig ein Nachhaltigkeitskonzept vorlegen müssen, um eine Genehmigung zu erhalten. Diese Konzepte sollen vor allem das Müllaufkommen berücksichtigen, insbesondere das Aufkommen von Einwegplastik und anderer Wegwerfartikeln.
- Z6.5. Bei neuen Projekten der Wohnbebauung werden wir sozial-ökologisch orientierte Kleingärten, Mieter*innengärten und Urban Gardening fördern. Außerdem wollen wir Hof-, Fassaden- und Dachbegrünung fördern.
- Z6.6. Wir wollen ein sogenanntes Alleen-Programm für Straßenbaumpflanzungen und zum Baumschutz. In den Veedeln sollen die von den Straßenplanern der 70er-Jahre verödeten Straßen und betonierten Gehwege wieder grüner und heimischer gestaltet werden.

Z7: WIR FÖRDERN BILDUNGSGERECHTIGKEIT.

- Z7.1. Wir werden die Frühen Hilfen in Köln ausbauen und weiterentwickeln.
- Z7.2. Das Prinzip „Kein Kind zurücklassen“ werden wir im Förderprogramm „Starke Veedel“ weiter vorleben.
- Z7.3. Wir fördern kommunale Bildungslandschaften, in denen Bildungsträger auf Augenhöhe miteinander arbeiten, um Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die bestmögliche Bildung zu gewährleisten.

Z.8: WIR KÜMMERN UNS UM DIE GESUNDHEIT.

- Z8.1. Wir setzen uns für den Erhalt der Kölner Kliniken ein, mit ihren drei Standorten in städtischer Trägerschaft. Wir werden die universitäre Forschung, die Zentrenbildung und die Zusammenarbeit der verschiedenen Krankenhäuser weiter ausbauen und im Sinne der Spitzenmedizin fördern.
- Z8.2. Wir werden eine dauerhafte Betriebsstation des Rettungshubschraubers und des Intensivtransporthubschraubers am Flughafen Köln/Bonn einrichten lassen.
- Z8.3. Wir wollen den Fluglärm am Flughafen Köln/Bonn vor allem in der Nacht verringern, und zwar durch den Einsatz lärmarmer Flugzeuge bei Einhaltung der entsprechenden Flugrouten.
- Z8.4. Wir werden das lang angekündigte Drogenhilfekonzept der Stadt vorantreiben, mit stationären Drogenkonsumräumen in der Nähe des Neumarkts, in Kalk und in Mülheim.
- Z8.5. Wir werden den Drogenkonsum in der Stadt durch die Legalisierung von Cannabis und die Einrichtung von Abgabestellen regulieren und gleichzeitig Drogenmissbrauch bekämpfen, etwa durch niedrigschwellige Angebote für Menschen, die an Alkoholsucht leiden.
- Z8.6. Wir werden den Menschen, die durch das soziale Netz gefallen sind, besser helfen: Geflüchteten mit unklarem Aufenthaltsstatus werden wir Zugang zum Regelsystem ermöglichen; wir werden die städtischen Beratungs- und Therapiemöglichkeiten für Menschen mit Fluchterfahrung und Traumatisierung; und wir werden die Beratung durch die AIDS-Hilfe weiter unterstützen und das Angebot des Checkpoints finanziell sichern.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

ABER GERECHT

Kölns Wirtschaft muss für die Menschen da sein. Alle Kölner*innen müssen hier gute Arbeit finden. Gute Arbeit ist für uns Arbeit, von der jeder leben kann – zukunftsfest, tarifgebunden und sozialversicherungspflichtig.

Die Kölner Stadtverwaltung als Arbeitgeberin und die städtischen Unternehmen müssen als gutes Vorbild vorangehen. Die Stadt muss an der Seite der Menschen stehen, wenn sie sich qualifizieren wollen und nach neuen Berufswegen suchen. Bei öffentlichen Aufträgen müssen soziale Kriterien wie der Mindestlohn eine wichtige Rolle spielen.

Die Vorzeigebereiche unserer Stadt wollen wir weiter stärken. Köln ist ein Industriestandort, Köln ist aber auch Medienstadt, Wissensstadt und Startup-Stadt. Wir wollen Kölns Wirtschaft zukunftsfest machen: innovativ, digital nachhaltig und klimaschonend. Nicht zuletzt wollen wir eine Stadt, die für die Arbeitnehmer*innen kämpft, wenn große Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen ins Strudeln geraten. Außerdem gilt: Mit uns wird städtisches Eigentum nicht verscherbelt.

In der Wirtschaftspolitik muss Köln also kluge Lösungen finden. Die Privatisierung der Wirtschaftsförderung werden wir rückgängig machen, damit Köln wieder die Weichen für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Kölner Wirtschaft stellen kann, deren Stärke die Industrie und die große Vielfalt der Dienstleistungsbranchen ist. Wir müssen die knappen Flächen in der Stadt gut nutzen, um weiterhin auch Raum für Gewerbe anzubieten. Wir wollen Startups fördern – und sie gleichzeitig mit den etablierten Unternehmen vernetzen. Dafür wollen wir eine Gesamtstrategie entwickeln. Bei der Umsetzung ist es wichtig, eine höchstmögliche Akzeptanz der Bevölkerung zu erreichen. Wir stehen für einen Dialog aller Beteiligten auf Augenhöhe.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

W1: WIR FÖRDERN GUTE ARBEIT.

- Wi.1.1. Wir werden uns weiter für die flächendeckende Anwendung von Tarifverträgen und die Mitbestimmung durch Gewerkschaften oder Betriebs- und Personalräte einsetzen, dies gilt für uns für Start-ups genauso, wie für börsennotierte Unternehmen. Stadtweit engagieren wir uns gegen atypische Formen von Arbeit, wie etwa sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeiten oder ausbeuterische Praktikumsverhältnisse. Wir wollen jegliche Schlupflöcher zur Aushebelung der Arbeitnehmer*innenrechte beseitigen, etwa durch missbräuchliche Werkverträge oder Arbeitnehmer*innenüberlassung.
- Wi.1.2. Die Vereinbarkeit von Beruf und übrigen Leben werden wir steigern, etwa durch mobile und flexible Arbeitszeitmodelle zur individuellen Lebensplanung. Wir werden Bildungsangebote für ältere Arbeitnehmer*innen ausbauen, damit sie sich auf fachlicher und persönlicher Ebene weiterhin einbringen können.
- Wi.1.3. Wir unterstützen Initiativen, die das berufliche mit dem neben- und nachberuflichen Engagement verbinden und Kompetenzen von Arbeitnehmer*innen für die Stadtgesellschaft erschließen.
- Wi.1.4. Auszubildende sollen von mehr Rabatten und Sondertarifen profitieren. Wir fördern deshalb die Gleichstellung von Auszubildenden und Studierenden.

W12: WIR LASSEN DIE WIRTSCHAFT FÜR DEN MENSCHEN ARBEITEN.

- Wi.2.1. Für die gute Arbeit sehen wir die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen ausdrücklich in einer Vorbildfunktion – etwa bei sozialversicherungspflichtigen und tarifgebundenen Arbeitsplätzen.

- Wi.2.2. Wir wollen den Einstieg und die Neuorientierung im Arbeitsleben durch eine Reihe von Zielen und Maßnahmen unterstützen:
- Alle Jugendlichen wollen wir in den Schulen umfassend zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten informieren, frei von gängigen Klischees bei der Berufswahl.
 - Kein Kind soll die Schule ohne Abschluss und Perspektive verlassen; hier hilft das Programm „2. Chance“ oder die Förderung von Einstiegsqualifizierungsjahren.
 - Die Ausbildungsquote bei der Stadtverwaltung und in städtischen Unternehmen wollen wir erhöhen; dort soll auch über Bedarf ausgebildet werden.
 - Wir wollen einen Dialog mit Kölner Unternehmen etablieren, um mit den Betrieben über mehr Ausbildungsplätze und entsprechende Förderung zu verhandeln.
 - Weiterbildungsangebote wollen wir stärken, Jobbörsen fördern und die Integration von Langzeitarbeitslosen vorantreiben.
 - Die Förderung des Kommunalen Integrationszentrums wollen wir ausbauen; gemeinsam mit den freien Trägern vor Ort und der städtischen Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung wollen wir die Integrationsförderung verbessern.

WI3: WIR MACHEN AUS KÖLN EINEN INTERNATIONALEN STARTUP-HOTSPOT.

- Wi.3.1. Die Digitalisierung führt unweigerlich zu einem Strukturwandel, der in der Industrie und im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze kosten wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Strukturwandel für die Beschäftigten durch neue Arbeitsplätze, entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und neue Initiativen erfolgreich bewältigt wird. Wir wollen dazu mit jungen, innovativen Unternehmen, aber auch mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.
- Wi.3.2. Startups aus Köln unterstützen wir ausdrücklich. Wir wollen unsere Stadt in dieser Hinsicht auf Augenhöhe mit anderen europäischen Metropolen bringen. Dazu werden wir alle zulässigen rechtlichen und finanziellen Instrumente der Wirtschaftsförderung nutzen. Dazu kommt auch der Aufbau einer digitalen Denkfabrik: Als Experimentierraum für Innovationen, aber auch Diskussionsplattform für Themen wie New Work, Digitalisierung oder die Klimakrise.
- Wi.3.3. Wir werden das Potential der regional verwurzelten Startups nutzen, um auch für die Kölner Stadtverwaltung neue, disruptive Dienstleistungen, Prozesse und Kommunikationsformen nutzen zu können.
- Wi.3.4. Gemeinsam mit der Koelnmesse GmbH arbeiten wir an einer Roadmap, die Köln zum Standort für eine hochkarätig besetzte, internationale Zukunfts-

und Innovationskonferenz wird – im Geiste der Berliner re:publica oder des Websummit in Lissabon. Wir werden die Internationalisierung des Kölner Standortes vorantreiben und entsprechendes Marketing für den Tech- und Startup-Hotspot Köln betreiben.

- Wi.3.5. Wir unterstützen die Digitale ID für Kölner Verwaltungsleistungen. Sie muss höchsten Datenschutzansprüchen genügen, und dezentral durch den Nutzer verwaltet werden können. Ausdrücklich planen wir keine Weitergabe an die Verwaltungsebenen von Land oder Bund. Die Nutzung einer solchen ID soll freiwillig sein.

WI4: WIR INTEGRIEREN ARBEIT UND WIRTSCHAFT BESSER IN DIE STADT.

- Wi.4.1. Köln soll auch weiterhin ein starker Industrie- und Logistikstandort bleiben. Deshalb werden wir entsprechende Flächen in der Stadt durch ein strategisches Flächenmanagement bereitstellen, wie etwa im Industriepark Nord. Starke bestehende Unternehmen, etwa in der Automobilindustrie und in der Chemiebranche, brauchen auch weiterhin Standortbedingungen, die ihre Wettbewerbsfähigkeit und damit den Erhalt der Arbeitsplätze unterstützen.
- Wi.4.2. Wir wollen durch die Ansiedlung neuer Unternehmen neue, tarifgebundene Arbeitsplätze schaffen; dies wird ein zentrales Kriterium der städtischen Ansiedlungspolitik sein.
- Wi.4.3. Wenn Kölner Industrieunternehmen tarifgebundene Arbeitsplätze bereitstellen, werden wir sie bei anstehenden Herausforderungen unterstützen. Dafür werden wir das Branchenforum Industrie stärken. Bei Energie- und Mobilitätsinnovationen wollen wir Köln auf diese Weise als Impulsgeberin für Wasserstoff- Und Brennstoffzellentechnologien positionieren und Pilotstrecken für autonomes Fahren erschließen.
- Wi.4.4. Bestehende Gewerbegebiete werden wir durch sogenannte Nachverdichtungskonzepte besser nutzen, indem wir zum Beispiel Freiflächen besser nutzen oder stärker in Gewerbehöfe und den Mehretagenbau investieren. Wir wollen durch diese Maßnahmen insbesondere Flächen für kleine und mittelständische Unternehmen oder Handwerksbetriebe bereitstellen.

WI5: WIR FÖRDERN EFFIZIENTE UND NACHHALTIGE LOGISTIK.

- Wi.5.1. Wir werden eine umweltverträgliche Logistik fördern, indem wir die Häfen, den Schienenverkehr und den trimodalen Umschlag von Hafen, Schiene und Straße ausbauen. Damit fördern wir eine emissionsarme Logistik und ökologische Verkehrsträger, als Alternative zum Lkw-Transport.

- Wi.5.2. Die Kooperationen und strategische Vernetzung von Kommunen und regionalen Unternehmen sehen wir als wichtigen Faktor einer zukunftsfähigen Logistik. Gerade Häfen sind für uns ein wichtiger Standortfaktor – für die Wirtschaftsentwicklung, aber auch als Arbeitsplatzgarant; insbesondere für die Logistik-Industriegebiete entlang des Rheins.
- Wi.5.3. Den Dialog mit dem Logistikforum werden wir beleben und stärken. Wir sind der Überzeugung, dass unabgestimmte Maßnahmen zum Zwecke der Verkehrswende, wie etwa die Sperrung Rheinuferstraße für LKWs, den Wirtschaftsstandort Köln schwächen und dem Klimaschutz entgegenwirken. Darüber hinaus wollen wir einen Dialog über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Mitarbeiter*innen in dieser Branche initiieren.
- Wi.5.4. Wir werden neue, emissionsarme Logistikkonzepte entwickeln, den LKW-Verkehr durch alternative Mobilitätsformen ersetzen und ihn räumlich wie zeitlich einschränken. Dabei werden wir Ladezonen sichtbar markieren und Durchfahrtsmöglichkeiten für Anliefer-, Dienstleistungs- und Handwerkerverkehr in verkehrsbefreite Gebiete auch weiterhin ermöglichen.
- Wi.5.5. Wir setzen auf ein Konflikt- und Ausgleichsmanagement für lokale Handwerksbetriebe, wenn es zum Beispiel um Parkmöglichkeiten für alteingesessenen Betriebe und damit verbundene Nachbarschaftskonflikte geht.

WI6: WIR BAUEN EINE STADT DER KURZEN WEGE.

- Wi.6.1. Wir werden die funktionale Trennung von Wohnen, Dienstleistungen und konkreter Produktion auflösen. Dadurch verkürzen wir die Verkehrswege und verhindern eine allzu monotone Siedlungs- und Quartiersentwicklung. Wir wollen, dass Produktionen mit lokaler Nachfrage wieder in der Stadt und im Quartier ansiedelt sind. Dies gilt auch für urbane Manufakturen, die emissions- und lärmfrei produzieren.
- Wi.6.2. Den lokalen Einzelhandel und die Nahversorgung werden wir durch ein wirksames Einzelhandels- und Zentrenkonzept schützen und fördern. Wir werden die Veedelszentren stärken, sodass Autofahrten überflüssig werden. Die Wochenmärkte in Köln wollen wir unterstützen und andere alternative Einkaufskonzepte, wie etwa Unverpackt-Läden, als wichtigen Bestandteil der Nahversorgung und Veedels-Attraktivität integrieren.
- Wi.6.3. Wir denken den digitalen und stationären Einzelhandel zusammen und schaffen Plattformen für die Kooperation von regionalen und stadtansässigen Unternehmen. Das Projekt „Local Loyalty“ aus Lindenthal und Rodenkirchen wollen wir in dieser Hinsicht prüfen und gegebenenfalls auf weitere Stadtbezirke ausweiten.

- Wi.6.4. Die Kreativwirtschaft werden wir stärken. Wir werden entsprechende Formate entwickeln, damit die Unternehmen dieser Branche untereinander, aber auch mit anderen Branchen in den Dialog treten können. Wir wollen damit Potentiale für Innovationen erschließen
- Wi.6.5. Wir stehen für eine klare Lösung für die Verlagerung des Großmarkts einen neuen, geeigneten Standort und sichern damit diesen wichtigen Bestandteil der städtischen Daseinsvorsorge.

W17: WIR MACHEN DIE STADTVERWALTUNG LEISTUNGSFÄHIGER.

- Wi.7.1. Um den Fachkräftemangel zu begegnen werden wir die Stadtverwaltung zu einem attraktiven Arbeitgeber machen, indem wir Zeitmodelle weiterentwickeln, Hierarchien abbauen, Vielfalt als Chance begreifen, Vereinbarkeit zwischen Leben und Beruf ermöglichen und für tarifgebundene und unbefristete Arbeitsplätze einstehen. Außerdem werden wir überdurchschnittlich viel in Ausbildung investieren und eine Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung sicherstellen.
- Wi.7.2. Die Trainee-Programme der Stadt Köln sollen mehr Menschen, insbesondere hochqualifizierten Arbeitnehmer*innen, den Quereinstieg bei der Stadt Köln ermöglichen. Zudem werden wir bei der Stadtverwaltung besondere Förderprogramme für Eltern auflegen, damit ihnen der Quer- oder Wiedereinstieg leichter gelingt.
- Wi.7.3. Wir engagieren uns konsequent für die Gleichstellung von Mann und Frau. Wir gehen dabei über die gesetzlichen Vorgaben zu weiblichen Führungskräften hinaus und streben eine paritätische Besetzung der Führungspositionen an. Für die Aufsichtsräte der städtischen Gesellschaften wollen wir die Parität bereits 2021 erreichen. Über die Entwicklung in dieser Sache und auch die Bezahlung der Geschlechter in vergleichbaren Positionen soll jährlich berichtet werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die die Stadt Köln die geschlechtergerechte Haushaltsplanung einführt, das sogenannte „gender budgeting“. In der jährlichen Haushaltsplanung sollen diese Budgets explizit ausgewiesen werden.
- Wi.7.4. Wir wollen die städtische Vergabe von Aufträgen auf die Beschaffung guter Produkte und qualitativ hochwertiger Dienstleistungen ausrichten – im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und unter Maßgabe der Wirtschaftlichkeit. Hierbei spielen auch Aspekte der Tarifbindung und Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle.
- Wi.7.5. Persönliche Daten sind persönliches Eigentum. Wir arbeiten deshalb an einer langfristigen Strategie zur digitalen Souveränität. Teil dieser Arbeit sind unter anderem eine groß angelegte Open-Source-Strategie, der Aufbau von digital unabhängigen Stadtteilen, die Digitale ID für alle Verwaltungsvorgänge und verschiedene Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung.

- Wi.7.6. Die Stadt Köln und ihre Beteiligungsunternehmen verfügen zusammen über große Datenmengen. Die Auswertung dieser Daten darf nicht den rein kommerziell arbeitenden Unternehmen überlassen werden. Eine Kontrolle muss durch öffentliche Hand gewährleistet werden, im Sinne des Gemeinwohls. Digitalisierung im Rahmen der Daseinsvorsorge ist selbst Teil der Daseinsvorsorge und deshalb in der Verantwortung der Kommune. Die Rahmenbedingungen, der Aufbau, Betrieb und auch die Nutzung von entsprechender Infrastruktur müssen in öffentlicher Hand bleiben. Nur so ist ein politisch verantwortungsvoller Umgang mit Daten und Informationen möglich.
- Wi.7.7. Die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften werden gemeinsam zum Wohle der Region an der Entwicklung digitaler Lösungen arbeiten, um am Ende digitale Lösungen für Raumordnung, Infrastrukturen, klimanützliche Entwicklungen, Schul- und Kita-Bau oder der großflächigen Planung von Mobilität zur Verfügung zu haben. Digitalisierung muss der Allgemeinheit dienen und sie voranbringen.
- Wi.7.8. Wir werden Köln zur Smart City weiterentwickeln: Alle Verwaltungsabläufe sollen digitalisiert, alle Services über das Internet verfügbar sein. Wir setzen uns dafür einen digitalen Masterplan und einen „digitalen Kopf“ im OB-Büro, der alle Projekte und Initiativen koordiniert und zusammenführt, ein.

W18: WIR FÖRDERN DIE STADTWERKE.

- Wi.8.1. Wir werden die kommunalen Unternehmen erhalten und stärken. Sie sind ein Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge, zugleich soziales Rückgrat und kulturelle Lebensader der Stadt – dem Gemeinwohl verpflichtet und demokratisch kontrolliert. Für uns sind und bleiben die städtischen Unternehmen ein unverzichtbarer Teil des Gemeinwesens.
- Wi.8.2. Das kommunale Vermögen werden wir langfristig sichern. Wir wollen deshalb den Instandsetzungsrückstand aufholen und Investitionen in die Stadtwerke sicherstellen. Die Ausschüttungen der kommunalen Unternehmen gewährleisten die städtische Handlungsfreiheit. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, werden wir eine vorausschauende Finanz- und Investitionsplanung auf den Weg bringen, gemeinsam mit einer angemessenen Kapitalausstattung.
- Wi.8.3. Wir werden die kommunalen Unternehmen bei den Themen Energie, Mobilität und Wohnen zu Entwicklungstreibern machen. Sie sollen bei der Energie- und Mobilitätswende, der Ver- und Entsorgung, der Wohnungsverorgung und der digitalen Infrastruktur zu zentralen Akteuren werden.

- Wi.8.4. Wir werden Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Handeln der kommunalen Unternehmen verankern.
- Wi.8.5. Die Unternehmen im Stadtwerkekonzern sind ein wichtiger Arbeitgeber für die Stadt mit einer hohen Vorbildfunktion. Auch hier werden wir die interkulturelle Orientierung stärken.

WI9: WIR STÄRKEN DIE WISSENSCHAFT.

- Wi.9.1. Wir werden die Zusammenarbeit mit und zwischen den Hochschulen fördern. Köln soll zum Knoten einer Wissenschaftslandschaft in der Metropolregion Rheinland werden, und die Vernetzung der unterschiedlichsten Träger und Institute unterstützen.
- Wi.9.2. Die verstärkte Zusammenarbeit der Wirtschaft mit den Hochschulen der Region werden wir vorantreiben, um zum Beispiel auch Themen wie Blockchain, Künstliche Intelligenz, Big Data oder Machine Learning in Lehre und Forschung, aber auch im Transfer in die Wirtschaft zu stärken.

WI10: WIR SIND INTERNATIONAL.

- Wi.10.1. Köln solle zu einem Standort für international agierende Unternehmen werden. Die internationale Ausrichtung der Kölner Messe spielt dabei eine wichtige Rolle, die wir beibehalten und ausweiten wollen – zum Beispiel durch Leuchttürme wie die Gamescom.
- Wi.10.2. Wir werden die besondere Vielfalt Kölns national und international stärker als wirtschaftlichen Standortvorteil bewerben. Die Kontakte mit unseren 22 Partnerstädten sollen intensiv ausgebaut und nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich genutzt werden.
- Wi.10.3. Den Tourismus fördern wir durch die Unterstützung des Kölner Karnevals, aber auch durch sportliche und kulturelle Großveranstaltungen. Außerdem werden wir den Rhein in dieser Hinsicht stärker nutzen, vergleichbar mit den Landungsbrücken in Hamburg.

KULTUR

FÜR ALLE

Köln ist eine Stadt in der Kunst und Kultur eine wichtige und unverzichtbare Rolle spielen. Die öffentlichen und freien Kultureinrichtungen, aber auch die freie Szene insgesamt haben eine große Strahlkraft weit über Köln hinaus. Die Kölnerinnen und Kölner leben für eine Kultur der Vielfalt und der Teilhabe.

Nicht alles, aber vieles was wir uns 2014 vorgenommen haben, ist erreicht. Wir haben in den kommenden Jahren weitere Herausforderungen zu meistern. Dazu gehört vor allem wie es uns gelingt, kulturelle Teilhabe für viele zu ermöglichen und Einrichtungen der Kunst und Kultur stärker für alle Bürgerinnen und Bürger zu öffnen.

Mit dem Kulturentwicklungsplan ist unter Beteiligung der Kulturschaffenden in Köln ein wichtiger Schritt gelungen. Es wurden verbindliche Positionen gemeinsam mit der freien Szene formuliert, die wir nun realisieren wollen. Das wird eine Aufgabe für die kommenden Jahre, denn bei der Gestaltung von Kölns Zukunft ist der Kulturentwicklungsplan als verbindliche Richtschnur des kulturpolitischen Handelns maßgeblich.

Kultur ist für uns eine kreative Kraft, die Entwicklungsprozesse entfaltet – in Personen, Veedeln und der gesamten Stadt. Kreative Prozesse sollten nicht durch Fördervorgaben bereits in der Phase des Entstehens erstickt werden. Kultur bedeutet Innovation, Neubeginn und vor allem auch das Erkunden neuer, ungewöhnlicher Wege. Kultur muss deshalb ein Treiber für eine nachhaltige Entwicklung in allen Teilen unseres Lebens sein.

In Köln muss Kultur in der Stadtentwicklung verankern sein. Deshalb fordern wir, dass die Stadt vermehrt Grundstücke ankauft, die für die soziale und kulturelle Entwicklung wichtig sind – beispielsweise das ehemalige KHD-Gelände in Köln-Mülheim. Freie Ateliers und Proberäume sind in Köln rar gesät. Sie weichen nicht nur in Ehrenfeld dem Wohnungsbau, auch die Mieten sind für den Großteil der freien Künstler*innen nicht mehr erschwinglich. Hier müssen wir ein breiteres Raumangebot zu vertretbaren Preisen möglich machen.

Wir haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Impulse für eine Kultur des Mitmachens und der Teilhabe gesetzt. In den kommenden fünf Jahren wollen wir diese Arbeit weiterführen und weitere Akzente setzen. Die Leitidee einer sozialen und lebenswerten Stadt kann nicht durchgesetzt werden, ohne Kunst und Kultur die nötigen Freiräume zu ermöglichen, sie zu sichern und auszubauen.

UND SO SCHAFFEN WIR DAS

K1: WIR STÄRKEN DIE KULTURELLE INFRASTRUKTUR.

- K.1.1. Köln ist für uns eine Stadt der Kultur. Ob städtische Institutionen wie das Schauspielhaus, die Philharmonie, die Oper und die Museen, oder Angebote der freien Szene: Wir bekennen uns zu einem starken Kunst- und Kulturstandort und sehen in der Förderung und Bereitstellung entsprechender Angebote eine kommunale Pflicht.
- K.1.2. Wir setzen uns für den Erhalt des Odysseums ein, als Ort der Wissensvermittlung. Mit der Ansiedlung des Dokumentationszentrums und Museums über Migration in Deutschland (DOMiD) in den Hallen Kalk wollen wir die Kölner Museumslandschaft auch im Rechtsrheinischen stärken.
- K.1.3. Die städtischen Unternehmen sind für uns starke Partner*innen, auch bei der Kulturförderung. Insbesondere die Rheinenergie oder die GAG, etwa als Träger der Kulturkirche Ost, aber auch die vielseitige Stiftungslandschaft in Köln tragen zu einer lebendigen Szene bei.
- K.1.4. Wir werden für Köln ein professionelles Kulturmarketing aufbauen, um unsere vielfältige Kulturlandschaft nach außen zu bewerben und nach innen mit neuen Impulsen zu bereichern.

K2: WIR BAUEN BARRIEREN AB.

- K.2.1. Wir wollen, dass die städtischen Institutionen für alle Bürger*innen offenstehen und der Zugang nicht durch finanzielle Hürden verhindert wird. Daher streben wir den kostenlosen Museumsbesuch ebenso an, wie weitere Vergünstigungen bei den Eintrittspreisen im Schauspiel, der Philharmonie und der Oper.
- K.2.2. Museen sind für uns nicht nur Orte der Kunst, sie sind auch Orte der Begegnung. Wir wollen in dieser Hinsicht gemeinsam mit den Museumsdirektor*innen neue Akzente setzen und Experimente wagen.

- K.2.3. Wir werden die Kompetenzen und die finanzielle Ausstattung des Kulturamts stärken, insbesondere des Referats für kulturelle Teilhabe. Im Sinne der Vielfalt fördern wir eine vielfältige Stadtgesellschaft: Angebote mit Fokus auf Inklusion, Integration, Vielfalt und Teilhabe werden finanziell und ideell unterstützt. Dabei ist uns auch die Barrierefreiheit wichtig: Nicht nur als bauliche Maßnahme, sondern auch in Form eines Angebots in leichter Sprache, und zwar in allen städtischen Ausstellungen und Publikationen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass Besucher*innen mit Behinderungen, z.B. durch die Bereitstellung technischer Möglichkeiten in den Kultureinrichtungen gleichermaßen partizipieren können.
- K.2.4. Wir wollen in diesem Sinn den Gedanken der Inklusion in der Kulturförderung stärker verfolgen. Dazu gehört auch, intensiver nach Möglichkeiten der Einbeziehung von Künstler*innen mit Behinderungen zu suchen und vor allem ihnen eine bessere Teilhabe zu ermöglichen.

K3: WIR MACHEN KÖLN ZUR STADT DER KULTURELLEN BILDUNG.

- K3.1. Kulturelle Bildung ist für uns eine wesentliche Aufgabe der Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen in freier und öffentlicher Trägerschaft, der Schulen aber auch der Museen durch den Museumsdienst. Wir wollen sie in Federführung des Kulturamtes stärken und gemeinsam mit den Einrichtungen ausbauen.
- K3.2. Dabei wollen wir das vielfältige Netzwerk der kulturellen Bildung in Köln stärken. Zu diesem Zweck werden wir die Angebote in der Kinder- und Jugend-, der Erwachsenen-, der Bildungs- und der Kulturförderung eng aufeinander abstimmen.
- K3.3. Kulturelle Bildung ist auch eine Aufgabe der Offenen Ganztagschulen. Hier gibt es erhebliches Potential, welches wir nutzen und entsprechend fördern wollen. Dies geht nur gemeinsam zwischen Stadt und den Trägern des Offenen Ganztags.

K4: WIR GEHEN NEUE WEGE BEI DER FÖRDERUNG.

- K4.1. Wir verstehen Stadtentwicklung und Kultur als untrennbare Handlungsfelder. Beispiele hierfür sind der Deutzer Hafen, die Deutz-Mülheimer Straße, die Kalker Hallen, das Helios-Gelände und der Güterbahnhof in Ehrenfeld. Um dies verbindlicher zu gestalten, bedarf es eines verbindlichen Handlungskonzepts, welches dann auch für die städtischen Unternehmen, wie z.B. die Moderne Stadt, Gültigkeit haben muss.

- K4.2. Wir werden langfristige Strukturförderungsprogramme einführen, und zwar für Akteure der freien Szene, die sich mit ihrer Arbeit bereits bewährt haben. Analog zu den interkulturellen Zentren wollen wir die Bürgerzentren auch als kulturelle Zentren verstehen und sie entsprechend gezielt fördern, um erfolgreiche Konzepte der freien Szene weiterzuentwickeln und zu verfeinern.
- K4.3. Mit einer zentralen Schirmdamen- und Schirmherren-Börse werden wir Projekte und engagierte Netzwerker zusammenführen und sichtbar machen.
- K4.4. Künstlerische Arbeit ist kein Hobby – das wollen wir verdeutlichen. Wir treten dafür ein, dass Künstler*innen bei Auftritten und Engagements in öffentlichen Kultureinrichtungen oder bei der Förderung von Projekten ein Mindesthonorar erhalten.
- K4.5. Wir werden für Kunst und Kultur die bürokratischen Hürden abbauen. Die Festbetragsfinanzierung kleiner Projekte werden wir ausweiten, um die sogenannte Antrags- und Verwendungsnachweistellung zu vereinfachen.
- K4.6. Um die Kultur in unserer Stadt sichtbar zu machen, werden wir städtische Werbeflächen für Angebote der freien Szene zur Verfügung stellen. Zusätzlich werden wir weitere Werbeflächen an städtischen Institutionen anbringen.
- K4.7. Wir wollen erreichen, dass das Kulturamt, mehr als bisher und vor allem in strukturell verbindlicher Form, Kulturschaffende bei der Beantragung von Fördergeldern und bei der Projektentwicklung unterstützt.

K5: WIR BRINGEN DIE KULTUR IN UNSERE VEEDEL.

- K5.1. Kultur macht ein Quartier lebenswerter. Wir werden deshalb verbindlichen Regelung für Neubauprojekte einführen, damit Kultur bei der Gestaltung von Wohngebieten direkt mitgedacht wird.
- K5.2. Raum in Köln ist knapp, aber dennoch stehen zahlreiche Immobilien leer. Aus diesem Grund werden wir die Zwischennutzungen leerstehender Immobilien und Industriebrachen ermöglichen und nach Vorbild der „Hamburg Kreativ Gesellschaft“ eine Agentur für Zwischennutzung gründen. Diese Agentur soll außerdem bei der Suche, Vermittlung und dem Aufbau neuer Proberäume und Ateliers behilflich sein.

- K5.3. Wir wollen unserer Stadt mit mehr Kunst im öffentlichen Raum bereichern. Deshalb werden wir Freispray-Flächen an öffentlichen Gebäuden einrichten lassen und in Zusammenarbeit mit Streetart- und Graffiti-Künstler*innen das Bild unserer Stadt bunter malen.
- K5.4. Wir werden den Wandel von Kunst berücksichtigen, und auch Medienkunst, crossmediale Ansätze und andere innovative Kunstformen angemessen fördern, etwa durch einen besonderen Innovationstopf.

Impressum: SPD-Unterbezirk Köln
Magnusstraße 18 b
50672 Köln

www.koelnspd.de